



Konjunktur aktuell

2/2023

22. Juni 2023, 11. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 36**



Belegung in Dienstleistungsbranchen, aber zunächst weiter schwache Industriekonjunktur

Im Sommer 2023 deuten Stimmungsindikatoren auf einen weltweiten Aufschwung in den Dienstleistungsbranchen, die Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe bleibt aber schwach. Hohe Inflation und gestiegene Leitzinsen dämpfen die Konjunktur in den meisten Weltregionen. In Europa belasten auch im langjährigen Vergleich hohe Energiepreise. Insgesamt bleibt die Dynamik der Weltwirtschaft im Jahr 2023 verhalten. Die deutsche Wirtschaft wird in mäßigem Tempo expandieren, denn mit sinkender Inflation und erhöhter Lohndynamik wird der private Konsum wieder zulegen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte 2023 um 0,3% zurückgehen, für das kommende Jahr ist ein Zuwachs von 1,7% prognostiziert. Für 2023 ist mit einer Inflationsrate von 6,1% und für 2024 mit 2,7% zu rechnen.

Konjunktur aktuell: Belegung in Dienstleistungsbranchen, aber zunächst weiter schwache Industriekonjunktur

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Im Sommer 2023 deuten Stimmungsindikatoren auf einen weltweiten Aufschwung in den Dienstleistungsbranchen, die Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe bleibt aber schwach. In Europa belasten auch im langjährigen Vergleich hohen Energiepreise. Hohe Inflation und gestiegene Leitzinsen dämpfen die Konjunktur in den meisten Weltregionen. Allerdings gehen die Inflationsraten nach und nach zurück, und die Leitzinsen werden nur noch wenig steigen. Für das zweite Halbjahr 2023 ist damit zu rechnen, dass die US-Produktion lediglich in etwa stagniert. Im Euroraum dürften die Reallöhne bei noch steigender Lohndynamik ab der zweiten Jahreshälfte nicht mehr sinken, und die Rezession wird zu einem Ende kommen. In China setzt sich die Erholung mit mäßiger Dynamik fort. Insgesamt bleibt die Dynamik der Weltwirtschaft im Jahr 2023 verhalten.

Die deutsche Wirtschaft war im Winter in der Rezession. Ausschlaggebend war die Schwäche des privaten Konsums aufgrund der inflationsbedingt rückläufigen real verfügbaren Einkommen. Zudem sank der Staatskonsum im ersten Quartal außergewöhnlich deutlich. Anders als das Bruttoinlandsprodukt hat die Bruttowertschöpfung zu Jahresbeginn zugenommen. Die Diskrepanz erklärt sich zum Teil aus der Schwäche des privaten Konsums, welche über geringere Umsatzsteuern das Bruttoinlandsprodukt stärker dämpft als die Wertschöpfung. In den kommenden Quartalen dürfte der Konsum wieder zunehmen, auch weil die günstige Arbeitsmarktlage den Beschäftigten Arbeitsplatzsicherheit gibt. Bislang haben Arbeitskräftemangel und hohe Inflation zwar bemerkenswert wenig auf die Tariflöhne durchgeschlagen, die Effektivverdienste steigen aber kräftiger. Die Preisdynamik geht langsam zurück und die Real-einkommen werden wieder etwas zunehmen. Von den Exporten sind kaum Impulse zu erwarten, auch weil wichtige deutsche Exportbranchen Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit haben. Die Bruttoanlageinvestitionen, insbesondere in Bauten, werden von den gestiegenen Finanzierungskosten gedämpft. Alles in allem wird die Produktion in Deutschland im weiteren Jahresverlauf wieder moderat zulegen. Für das Gesamtjahr 2023 ergibt sich allerdings ein Rückgang um 0,3%.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2021 bis 2024

	2021	2022	2023	2024
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	2,6	1,8	-0,3	1,7
darunter: Ostdeutschland ¹	2,5	3,0	0,8	1,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	1,7	1,3	0,0	0,1
Tariflöhne je Stunde	1,3	2,2	3,5	3,7
Effektivlöhne je Stunde	1,8	4,2	6,0	4,0
Lohnstückkosten ²	0,7	3,3	6,1	2,8
Verbraucherpreisindex	3,1	6,9	6,1	2,7
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 980	45 572	45 938	46 031
Arbeitslose ³	2 613	2 418	2 560	2 517
in %				
Arbeitslosenquote ⁴	5,7	5,3	5,6	5,5
darunter: Ostdeutschland ¹	7,1	6,7	7,0	6,9
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-2,7	-2,0	-0,6
Leistungsbilanzsaldo	7,4	3,7	5,3	6,9

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2024: Prognose des IWH (Stand: 21.06.2023).

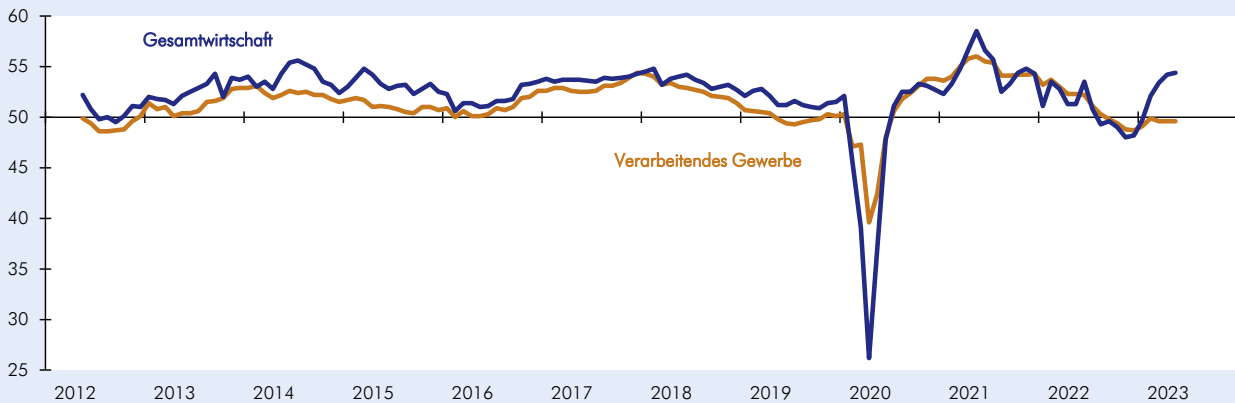
* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Mukherjee, Sukanya; Sardone, Alessandro; Schult, Christoph; Schultz, Birgit; Zeddies, Götz.

Weltweiter Zinszyklus nähert sich dem Höhepunkt, Inflation ebbt langsam ab

Im **Sommer 2023** deuten Befragungen von Unternehmen auf eine deutliche Belebung der Weltwirtschaft hin. Allerdings ist die Stimmung nur im Dienstleistungsbereich gut (vgl. Abbildung 1). Für das (nach Wertschöpfungsanteilen deutlich kleinere) Verarbeitende Gewerbe zeichnet sich eine Fortsetzung der schwachen Entwicklung aus dem Vorjahr ab (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 1
Globale Geschäftslage nach dem Purchasing Manager Index

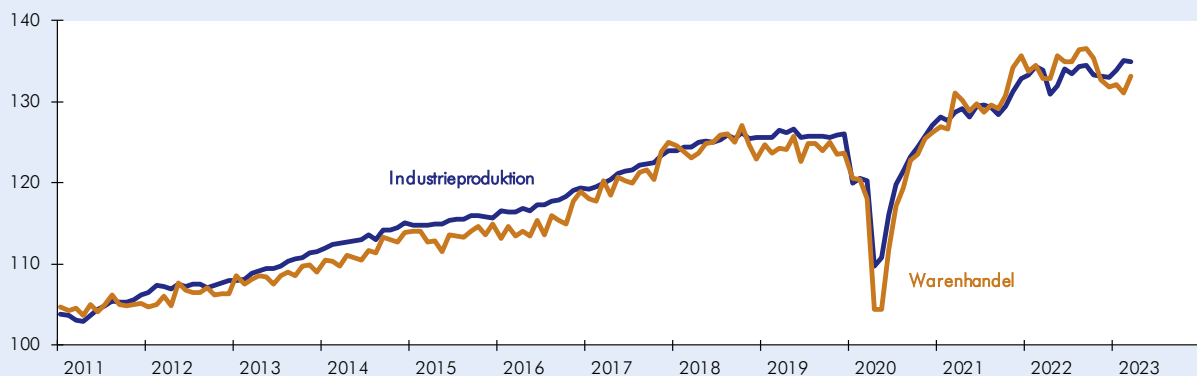
Indexwert (50 = keine Veränderung)



Quelle: S&P Global.

Abbildung 2
Weltweiter Warenhandel und Weltindustrieproduktion

Preisbereinigte Indizes; 2010 = 100



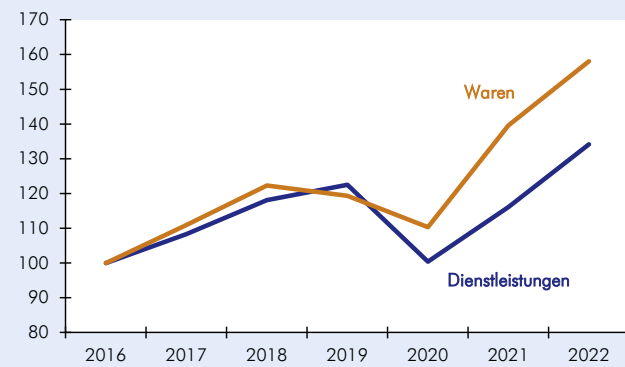
Quelle: CPB.

Ein Hauptgrund für diese Divergenz liegt in den Nachwirkungen der Pandemie: In den Jahren 2020 und 2021 konnten viele Dienstleistungen nicht getätigt werden, stattdessen wurden mehr Waren nachgefragt. Seither normalisieren sich die Nachfragestrukturen, dieser Prozess ist aber noch nicht abgeschlossen (vgl. Abbildung 3).

Die Erholung in vielen Dienstleistungsbereichen ist ein wichtiger Grund dafür, dass die Weltproduktion mit 0,8% im **ersten Quartal 2023** recht deutlich zugenommen hat (vgl. Abbildung 4). Das gilt vor allem für China, wo das Bruttoinlandsprodukt nach der Aufhebung der Corona-Beschränkungen im November 2022 um 2,2% expandierte. Deutliche Zuwächse waren auch in Japan sowie in großen Schwellenländern wie Indien und Brasilien zu verzeichnen. In den USA legte die Produktion, entgegen vielfacher Rezessionsbefürchtungen, um 0,3% zu. Europa ist dagegen im Abschwung: In Großbritannien hat die Produktion nun schon das vierte Quartal in Folge in etwa stagniert, und im Euroraum ist sie in den beiden Winterquartalen um jeweils 0,1% zurückgegangen. Ausschlaggebend war, dass die wie vielerorts hohe Inflation in Europa im Zuge der Energiekrise noch einmal deutlich anstieg. Die höheren Kosten für die energieintensiven Industriebranchen und der Verlust an Realeinkommen für die privaten Haushalte konnten durch die in vielen Ländern umfangreichen staatlichen Stützungsmaßnahmen nur gemildert werden. Die Verbraucherpreis-inflation lag im ersten Quartal im Euroraum mit 8% deutlich über der in den USA (5,8%).

Abbildung 3
Weltweite Dienstleistungs- und Warenimporte

Indizes, 2016 = 100



Quelle: WTO.

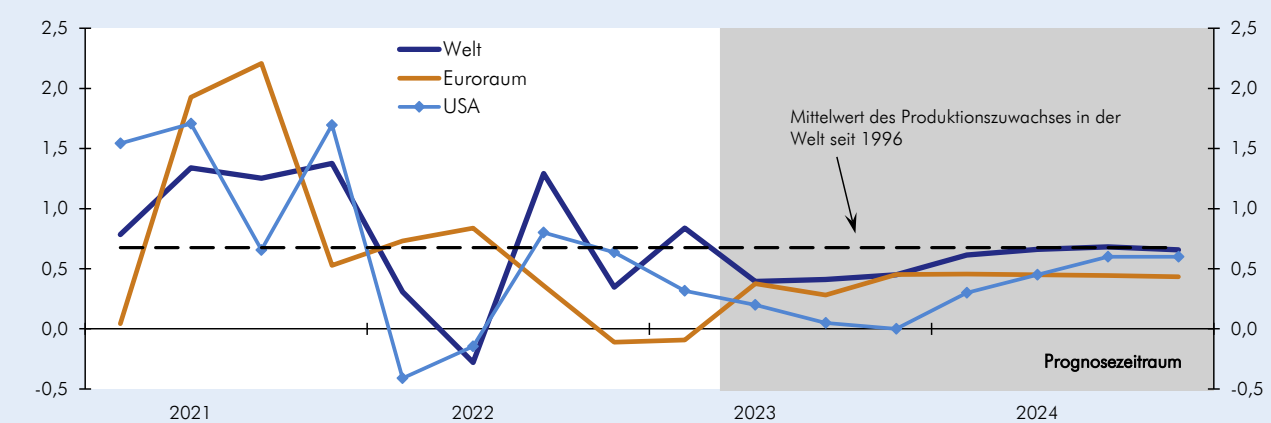
Die **Inflation** dämpft die Aktivität in Europa auch deshalb stärker, weil sie auf einen externen Kostenschock und nicht wie in den USA auf eine überzogene Stimulierung durch die Wirtschaftspolitik im Zuge der Pandemie zurückzuführen ist. Die höheren Preise sind in den USA anders als in Euroraum nicht mit Verlusten an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und heimischer Kaufkraft verbunden, sondern mit höheren Löhnen und Gewinnen, weshalb die Realeinkommen stabil bleiben. Zwar sind auch im Euroraum die Arbeitnehmerentgelte zuletzt stärker gestiegen, je Beschäftigten im ersten Quartal 2023 um 5,2% gegenüber Vorjahreszeitraum, aber immer noch deutlich langsamer als die Verbraucherpreise.

Zur befürchteten Energiekrise ist es in Europa im Winter nicht gekommen, und die Großhandelspreise für

Gas sind in den ersten Monaten des Jahres 2023 noch einmal deutlich zurückgegangen. Allerdings liegen die Futures für Erdgas im kommenden Winter gegenwärtig mit etwa 53 Euro je MWh mehr als doppelt so hoch wie im langjährigen Durchschnitt vor dem Jahr 2021. Der Preis für Erdöl (Brent) schwankt seit Dezember in einem Band zwischen 73 und 83 US-Dollar je Barrel, er notiert gegenwärtig (dritte Juniwoche) etwa 40% niedriger als vor Jahresfrist, sowohl in US-Dollar als auch in Euro gerechnet. Dass Industriemetalle ebenfalls günstiger als im Vorjahresvergleich sind (Kupfer um reichlich 10%), ist wohl durch die weltweit geringe Dynamik in der Industrie zu erklären. Die Preisrückgänge auf den Energie- und Rohstoffmärkten sind der Hauptgrund dafür, dass die in den meisten Weltregionen hohen Inflationsraten im Winterhalbjahr ihren Höhepunkt überschritten haben. In China, dem einzigen größeren Land, an dem die Teuerungswelle der vergangenen zwei Jahre vorbeigegangen ist, ist die Inflation sogar auf wenig über 0% zurückgegangen.

Abbildung 4
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

Vierteljährliche Zuwachsraten (saisonbereinigt) in %



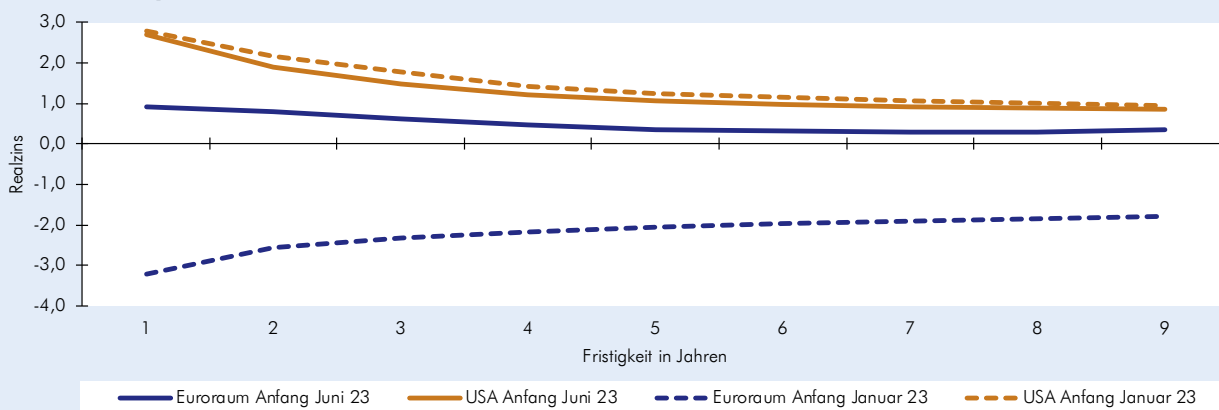
Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2023 und 2024: Schätzung und Prognose des IWH.

Anderswo, etwa in den USA, in Großbritannien und im Euroraum, ist eine Trendumkehr bei der Kernrate (definiert als Teuerung bei Gütern unter Ausschluss von Energie) oder auch bei der Lohndynamik kaum oder gar nicht zu erkennen. Die US-Notenbank, die Bank von England und die Europäische Zentralbank (EZB) werden ihre **Geldpolitik** also weiter restriktiv halten. Allerdings dürften die Leitzinsen ihren Gipfel schon in etwa erreicht haben; vermutlich werden die Leitzinsen in den USA und im Euroraum im Sommer vorerst noch ein letztes Mal um einen viertel Prozentpunkt angehoben, die Zielrate auf 5,5% (Obergrenze) und der Hauptrefinanzierungssatz auf 4,25%; dies entspricht in etwa den Einschätzungen der Finanzmärkte. Aus Finanzmarktdaten lassen sich auch Realzinsen entsprechend den erwarteten zukünftigen Kurzfristzinsen und Inflationsraten ableiten. Demnach sind die Realzinsen im Euroraum zwar niedriger als in den USA, sie sind aber im Verlauf des ersten Halbjahres deutlich gestiegen (vgl. Abbil-

dung 5). Ein Anstieg der Realzinsen dämpft die wirtschaftliche Aktivität über höhere Finanzierungskosten: Die Kreditzinsen wurden in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften deutlich angehoben und die Kreditvergabestandards verschärft. Dies dürfte aber erst in den kommenden Quartalen stärker auf die wirtschaftliche Aktivität durchschlagen. So ist im ersten Quartal 2023 die Bauproduktion im Euroraum sogar noch einmal deutlich gestiegen, obwohl die Vergabe von Immobilienkrediten schon stark rückläufig ist. Höhere Realzinsen können auch über niedrigere Vermögenswerte dämpfend wirken, weil zukünftige Erträge stärker diskontiert werden. Tatsächlich sind die Aktienkurse im Jahr 2022 weltweit deutlich gesunken, sie haben allerdings ab Herbst einen erheblichen Teil ihrer Verluste wieder aufgeholt. Vielerorts (etwa in den USA und im Euroraum) sind mit den höheren Zinsen Immobilienpreisbooms zu Ende gegangen, von Preiseinbrüchen kann aber nur in wenigen Ländern (etwa in Schweden) gesprochen werden. Vor allem haben Bewertungsverluste im März zum Scheitern einiger regionaler Banken in den USA sowie der Schweizer Credit Suisse geführt. In der Folge dürfte der Bankensektor weltweit risikoscheuer geworden sein.

Abbildung 5
Realzinsen verschiedener Fristigkeit im Euroraum und in den USA

basierend auf Swapsätzen für Kurzfristzinsen und für Inflationsraten



Quellen: Refinitiv; Berechnungen des IWH.

Trotz der dämpfenden Wirkung der restriktiven Geldpolitik dürfte die Inflationsdynamik vielerorts nur langsam abnehmen, auch weil die gegenwärtigen Zinssätze aus längerfristiger Perspektive nicht außergewöhnlich hoch sind. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die Zentralbanken ihre Leitzinsen nicht vor nächstem Jahr und dann nur nach und nach wieder senken werden.

Die **Finanzpolitik** dürfte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in diesem und im nächsten Jahr leicht restriktiv wirken. Dies gilt insbesondere für die USA und den Euroraum, während die britische Finanzpolitik recht deutlich restriktiv ausgerichtet ist. Dabei sind die pandemiebedingten Stützungsmaßnahmen im vergangenen Jahr im Großen und Ganzen überall ausgelaufen. Die staatlichen Programme zur Dämpfung der Energiekostenbelastung der Privaten sind dagegen auch in diesem Jahr in etlichen Ländern hoch, die Aufwendungen werden aber wegen des starken Energiepreisfalls deutlich geringer ausfallen als ursprünglich erwartet.

Insgesamt wirkt die Wirtschaftspolitik im Jahr 2023 also restriktiv. Es gibt aber auch Faktoren, welche die internationale Konjunktur stützen: Die meisten internationalen Wertschöpfungsketten haben sich wieder entspannt. So sind die Frachtraten im Schiffsverkehr, die sich zu Coronazeiten vervielfacht hatten, seit vergangenem Winter nicht mehr hoch, was auch ein Reflex der Schwäche von Produktion und Handel von Industriegütern ist. Der in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften verbreitete Arbeitskräftemangel hemmt einerseits die Produktion, andererseits dürfte die Konjunktur in vielen Ländern davon profitieren, dass günstige Arbeitsmarktperspektiven die Konsumneigung von Arbeitnehmern stützen. Auch geben die privaten Haushalte insbesondere in den USA Teile ihrer während der Pandemie angesammelten Ersparnisse wieder aus. Dieser Effekt dürfte allerdings im Lauf des Jahres 2023 auslaufen, und die hohen Realzinsen werden die wirtschaftliche Aktivität mehr und mehr dämpfen. Deshalb ist für das **zweite Halbjahr 2023** damit zu rechnen, dass die US-Produktion lediglich in etwa stagniert.

Auch im Euroraum wurde zu Pandemiezeiten mehr gespart, allerdings nicht in dem Umfang wie in den USA, und weil viele Vermögenswerte im Zuge der Zinserhöhungen gesunken sind, ist das Nettogeldvermögen der privaten Haushalte im Euroraum relativ zu den verfügbaren Einkommen nicht höher als vor der Pandemie. Die Reallöhne dürften

hier bei abebbender Inflations- und steigender Lohndynamik ab der zweiten Jahreshälfte nicht mehr sinken, und die Rezession wird zu einem Ende kommen. Allerdings stehen die anhaltende Unsicherheit aufgrund des nahen Krieges und die Belastungen wichtiger Branchen des Verarbeitenden Gewerbes durch die immer noch hohen Energiepreise kräftigen Zuwächsen im Wege. In China wird sich die Erholung zwar fortsetzen, die jüngsten Indikatoren wie Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze sprechen aber für keine hohe Dynamik. Zudem steht zu vermuten, dass sie weiter im Wesentlichen auf die Binnenwirtschaft beschränkt bleibt. Denn die chinesische Politik verfolgt das Ziel, von aus dem Ausland importierter Hochtechnologie unabhängiger zu werden.

Alles in allem steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2023 um 2,3% und im Jahr 2024 um 2,4% (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern ist dieses Jahr um 0,7% niedriger als im Jahr 2022. Darin schlägt sich der deutliche Rückgang im vergangenen Winterhalbjahr nieder, für den weiteren Jahresverlauf ist mit moderaten Zuwächsen zu rechnen. Für das Jahr 2024 wird eine Expansion des Welthandels um 2,2% prognostiziert. Die Teuerung wird in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zwar nach und nach abebben, aber erst gegen Ende des Jahres 2024 kommt die Inflation in den USA, im Euroraum und in Großbritannien allmählich wieder in die Nähe der geldpolitischen Zielraten von 2%.

Risiken für die internationale Konjunktur liegen im Jahr 2023 weiterhin vor allem in drei Bereichen: Die Energiekrise in Europa könnte (etwa durch Schäden an der Netzinfrastruktur) wieder aufflammen. Es besteht die Gefahr eines offenen Handelskriegs zwischen China und den USA. Und schließlich sind die Konsequenzen der Zinserhöhungen für den Finanzsektor schwer abzuschätzen.¹ Letzteres Risiko hat sich auch bereits zum Teil realisiert. Gefährlich wurden aber, anders als in der Frühjahrsprognose angesprochen, nicht Finanzierungsprobleme von Schuldner niedriger Bonität. Auf diese Risiken hatten sich die Finanzmärkte gut vorbereiten können. Dagegen hat das Scheitern von regionalen Finanzinstituten in den USA und einer Schweizer Großbank zu massiven staatlichen Eingriffen geführt.

Kasten 1

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,07 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist in etwa so hoch wie im Schnitt der vergangenen fünf Jahre. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2023 um 0,7% zurückgehen und im folgenden Jahr um 2,2% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren Hauptrefinanzierungssatz im Sommer auf 4,25% anhebt und im Jahr darauf langsam wieder senkt. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2023 bei 78 US-Dollar je Barrel und im Jahr darauf bei 73 US-Dollar. Der Großhandelspreis für Gas in Europa steigt bis Winter 2023/24 auf 53 Euro je Megawattstunde und geht in den Folgemonaten auf 50 Euro zurück. Der Durchschnittspreis für Erdgas, den private Haushalte zu zahlen haben, liegt im Jahr 2023 bei 9,3 Cent und im Jahr 2024 bei 8,7 Cent je Kilowattstunde.

Im Jahr 2023 ist die Finanzpolitik in Deutschland expansiv ausgerichtet. Dies geht vor allem auf die Strom- und Gaspreisbremsen zurück, die die Verbraucherpreise und die real verfügbaren Einkommen stabilisieren. Auf der Ausgabeseite wirken darüber hinaus zusätzliche Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds und Mehrausgaben für die Landesverteidigung expansiv. Schließlich wurden mit der Einführung des Bürgergeldes zum 1. Januar 2023 und Änderungen bei BAföG und Wohngeld monetäre Sozialleistungen ausgeweitet. Auf der Einnahmeseite werden die privaten Haushalte im laufenden Jahr durch das Inflationsausgleichsgesetz und die steuerfreie Inflationsausgleichsprämie entlastet. Schließlich regt die temporäre Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Erdgas die Nachfrage an. Nachfragedämpfend wirkt im laufenden Jahr vor allem der Entfall temporärer Maßnahmen zur Abfederung des Verbraucherpreisanstiegs aus dem Vorjahr. Hier sind in erster Linie der Wegfall der temporären Absenkung der Energiesteuer, der Energiepreispauschale und der Entfall diverser Einmalzahlungen, etwa an Rentner und Geringverdiener, zu nennen. Auch staatliche Hilfen für Energieproduzenten dürften im laufenden Jahr kaum mehr anfallen. Auch die Corona-bedingten Ausgaben gehen im laufenden Jahr deutlich zurück. Auf der

¹ Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Gasspeicher voll – Konjunkturaussichten weniger trüb*, in *Konjunktur aktuell*, Jg. 11 (1), 2023, 6.

staatlichen Einnahmeseite reduziert die Anhebung der Beitragssätze zur Arbeitslosen- und Pflegeversicherung sowie der Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung die verfügbaren Einkommen. Alles in allem ergibt sich dennoch ein expansiver finanzpolitischer Impuls in Höhe von 0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2024 ist die Finanzpolitik nach jetzigem Stand restriktiv ausgerichtet. Impulse liefern zwar erneut die nochmalige Verschiebung der Eckwerte des Einkommensteuertarifs im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes sowie ein weiterer Anstieg öffentlicher Verteidigungs- und Klimaschutz Ausgaben. Dem stehen aber spürbare Minderausgaben für die Strom- und Gaspreisbremse gegenüber, die im Frühjahr 2024 ausläuft. Auf der Einnahmeseite wirkt das Auslaufen der temporären Umsatzsteuersenkung auf Erdgas und in der Gastronomie nachfragedämpfend. Zudem dürfte der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung erneut steigen und die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 wirkt im Jahr 2024 erstmals ganzjährig. Der restriktive Effekt aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen beläuft sich im kommenden Jahr auf 0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A13).

Mit nachlassender Inflation endet die Rezession in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft ist im Winter in die Rezession geraten. Das Bruttoinlandsprodukt ging **im ersten Quartal 2023** um 0,3% zurück, nachdem es schon Ende 2022 um 0,5% gesunken war (vgl. Tabelle A5). Ausschlaggebend war die Schwäche des privaten Konsums aufgrund der rückläufigen real verfügbaren Einkommen. Diese waren im ersten Quartal um 2,6% niedriger als ein halbes Jahr zuvor, während die privaten Haushalte in diesem Zeitraum ihren Verbrauch um 2,9% senkten. Hintergrund ist die hohe Inflation: Der Verbraucherpreisanstieg lag im ersten Quartal 2023 8,4% über seinem Vorjahreswert.

Außergewöhnlich deutlich ging im ersten Quartal der Staatskonsum zurück: Der Rückgang um 4,9% ist die stärkste Quartalsveränderung für diese Verwendungsgröße im vereinten Deutschland. Während der Pandemie hatte eine Vielzahl von öffentlichen Aufwendungen, etwa für erhöhte Kapazitäten der Krankenhäuser oder für die Impfkampagnen, den Staatskonsum stark steigen lassen. Er liegt mit seinem abrupten Rückgang im ersten Quartal mit einem Schlag wieder im Bereich seines langfristigen Trends. Recht deutlich zugenommen haben dagegen die Bruttoanlageinvestitionen, und dabei besonders die in Bauten, obwohl Indikatoren wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen den Wirtschaftszweig im Abschwung zeigen.² Der Bau dürfte vom milden Winterwetter einen vorübergehenden Schub erhalten haben. Höhere Dienstleistungsexporte brachten die Ausfuhren ins Plus, wogegen die Warenexporte in beiden Winterquartalen rückläufig waren.

Anders als das Bruttoinlandsprodukt hat die **Bruttowertschöpfung** zu Jahresbeginn zugenommen (+0,9%). Die Diskrepanz erklärt sich zum Teil aus der Schwäche des privaten Konsums: Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich aus der Summe von Wertschöpfung und Ertrag aus Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen; bei den Steuern dominiert die Umsatzsteuer, welche eng am privaten Konsum hängt und mit ihm deutlich zurückgegangen ist. Abweichungen zwischen der Veränderung von realem Bruttoinlandsprodukt und realer Bruttowertschöpfung gleichen sich in den Folgequartalen erfahrungsgemäß wieder aus.

Ebenfalls auf die schwache Konsumnachfrage ist zurückzuführen, dass die Wertschöpfung der Wirtschaftszweige Handel, Verkehr und Gastgewerbe im ersten Quartal nahezu stagniert hat. Dagegen hat der Bausektor um 6% und damit in ähnlicher Größenordnung wie das Verwendungsaggregat der Bauinvestitionen expandiert. Ebenfalls recht deutlich (um 2%) expandierte das Verarbeitende Gewerbe. Dazu hat auch ein begrenzter Wiederanstieg der Chemieproduktion beigetragen: Aufgrund der in der zweiten Jahreshälfte 2022 exorbitanten europäischen Gaspreise war die Produktion in den energieintensiven Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes im Schlussquartal kräftig gesunken, in der Chemiebranche etwa um knapp 11%. Mit dem Rückgang der Gaspreise insbesondere ab Dezember

² Vgl. dazu auch: *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Gasspeicher voll – Konjunkturaussichten weniger trüb*, in *Konjunktur aktuell*, Jg. 11 (1), 2023, 8–10.

hat sich die Wertschöpfung in diesen Branchen etwas erholt, der Trend zeigt aber bis zuletzt (April) nach unten. Im übrigen Verarbeitenden Gewerbe ist die Tendenz dagegen leicht aufwärtsgerichtet.

Wie im Winter, so dürfte die deutsche Konjunktur auch in den kommenden Quartalen vor allem vom Verlauf des **privaten Konsums** bestimmt werden. Weiterhin stützt dabei die für Beschäftigte günstige Arbeitsmarktlage. So hat zu Jahresanfang nicht nur die Erwerbstätigenzahl, sondern auch das Arbeitsvolumen (trotz erneuter Zunahme des Krankenstands) weiter expandiert. Zwar deuten einige Indikatoren wie die Zahl der gemeldeten offenen Stellen auf eine leichte Abnahme der Arbeitsnachfrage hin, der Arbeitskräftemangel ist aber strukturell und die Arbeitsplatzsicherheit für die meisten Beschäftigten unabhängig von konjunkturellen Schwankungen hoch. Bislang haben Arbeitskräftemangel und hohe Inflation bemerkenswert wenig auf die Tariflöhne durchgeschlagen: im ersten Quartal 2023 übertrafen sie ihr Vorjahresniveau um lediglich 2,7%, die Effektivverdienste lagen freilich um 5,7% höher. Zudem sind Tarifverträge derzeit für viele Arbeitnehmer günstiger, als die Lohnerhöhungen nahelegen, weil diese als Inflationsausgleichsprämien firmieren und deshalb sozialversicherungs- und lohnsteuerbefreit sind. Tarifverträge wie der jüngst für den Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen beschlossene dürften den Beschäftigten in den kommenden Quartalen deutliche Kaufkraftgewinne beschern³, denn die Preisdynamik geht nach und nach zurück, insbesondere bei Energie und Nahrungsmitteln. Dabei ist für den Energiepreistrückgang auf Verbraucherebene der Fall der Großhandelspreise für Gas von vergangenen Winter wichtiger als die Gas- und Strompreisbremse. Mit den real verfügbaren Einkommen dürfte auch der private Konsum in Deutschland in den kommenden Quartalen wieder aufwärtsgerichtet sein.

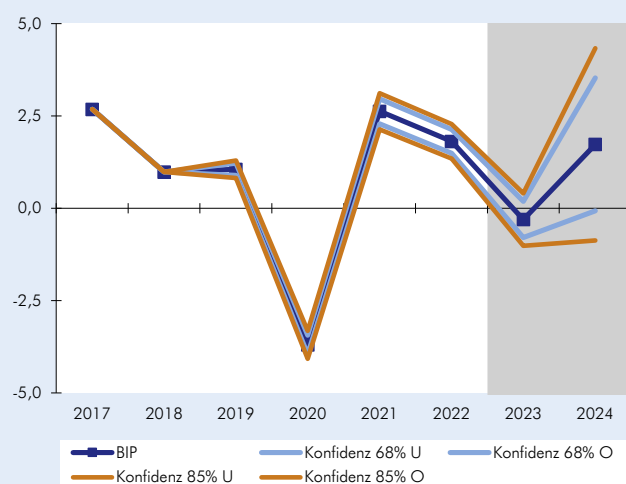
Von den Exporten ist kein starker Impuls zu erwarten, denn die Weltkonjunktur bleibt träge und das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe in Deutschland hat spezifische Probleme: Die wichtige Automobilindustrie befindet sich im schwierigen Prozess der Umstellung vom Verbrenner- zum Elektroantrieb, und energieintensive Wirtschaftszweige wie die Chemieindustrie haben durch die in Europa nun höheren Gaspreise an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die Bruttoanlageinvestitionen werden von den deutlich gestiegenen Finanzierungskosten gedämpft. Das betrifft insbesondere die Bauinvestitionen. Auch der Einbruch der Auftragseingänge und Baugenehmigungen, insbesondere im Wohnungsbau, deutet auf eine deutliche Abnahme der Bauproduktion im weiteren Verlauf dieses Jahres hin. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften in diesem Jahr und im Jahr 2024 durch öffentliche Ausgaben aus dem Sondervermögen Bundeswehr gestützt werden.

Alles in allem wird die Produktion in Deutschland im weiteren Jahresverlauf wieder moderat zulegen. Für das zweite Quartal kommt hinzu, dass die deutliche Differenz zwischen den Veränderungsraten des realen Bruttoinlandsprodukts und der realen Bruttowertschöpfung zu Jahresanfang in den Folgequartalen erfahrungsgemäß wieder ausgeglichen wird. Für das Gesamtjahr 2023 ergibt sich allerdings ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,3% (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung). Für das Jahr 2024 wird ein Anstieg um 1,7% prognostiziert. Die Kapazitäten sind im Jahr 2023 um 1,3% unterausgelastet, im Verlauf des Jahres 2024 schließt sich die Lücke weitgehend (vgl. Tabelle A7 und Kasten 2).

Für das Jahr 2023 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von -0,8% bis 0,2% und für 2024 von 0% bis 3,5% (vgl. Abbildung 6). Die Erwerbstätigkeit

Abbildung 6
Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

³ Allerdings werden diese Kaufkraftgewinne nach Wegfall der steuer- und sozialversicherungsfreien Prämie im kommenden Jahr wieder verloren gehen. Vgl. Holtemöller, O.; Schultz, B.: Aktuelle Tarifabschlüsse bedeuten Reallohnverluste 2024, in *IWH-Tarif-Check 2/2023*.

dürfte im Jahr 2023 um 0,8% und 2024 um 0,2% zulegen, die Arbeitslosenquote liegt im Jahr 2023 bei 5,3% und im Folgejahr bei 5,2%. Für das Jahr 2023 ist bei der hier unterstellten Preisentwicklung für Erdgas und Erdöl mit einer Inflationsrate für den Verbraucherpreisindex von 6,1% und für 2024 mit 2,7% zu rechnen. Damit ist auch im Jahr 2024 die Inflation noch deutlich über dem Zielwert der EZB. Der Leistungsbilanzsaldo der deutschen Volkswirtschaft dürfte dieses Jahr 5,3% betragen, für das Jahr 2024 ist mit 6,9% zu rechnen.

Die **Hauptrisiken** für die deutsche Konjunktur entsprechen zum einen den im internationalen Teil für die Weltkonjunktur beschriebenen Risiken. Es gibt aber auch Unsicherheiten, die für Deutschland spezifisch sind: Ab Ende 2023 nimmt die Produktion nach vorliegender Prognose mit Raten zu, die über dem deutschen Potenzialwachstum liegen, und die Wirtschaft nähert sich ihrer Normalauslastung (vgl. Kasten 2). Allerdings ist nicht sicher, dass für eine solche Expansion die Kapazitäten vorhanden sind, denn es herrscht schon seit Längerem in vielen Bereichen Arbeitskräftemangel. Zudem könnte in wichtigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes Kapital obsolet geworden sein, etwa in der Automobilindustrie einschließlich ihrer Zulieferer aufgrund des Technologiewandels hin zum Elektroantrieb oder in der Chemieindustrie aufgrund der höheren Energiepreise. Letztlich geht es darum, ob das Potenzialwachstum in Deutschland gegenwärtig richtig gemessen werden kann.

Kasten 2

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis 2027 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,8% (vgl. Tabelle K2).

Tabelle K2

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996-2022 ²		1996-2022		2022-2027	
Produktionspotenzial	1,3		1,2		0,8	
Kapitalstock	1,5	(0,5)	1,5	(0,5)	1,1	(0,4)
Solow-Residuum	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,5	(0,5)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,1)	0,2	(0,1)	-0,1	(-0,1)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,1	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,3	
Erwerbsquote	0,2		0,2		-0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,5		-0,4	
<i>Nachrichtlich:</i>						
Arbeitsproduktivität	1,1		1,1		1,0	

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W2-G2-L2 der Anfang Dezember 2022 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, welcher moderate Annahmen zu Wanderung, Geburtenrate und dem Anstieg der Lebenserwartung zugrunde liegen. In der vorliegenden Projektion wird der Wanderungssaldo geringfügig angepasst. Dabei werden aktuelle Daten zur Wanderung sowie der Zahl beantragter Aufenthaltstitel berücksichtigt und die Migrationsbewegung aus der Ukraine explizit als Sondereffekt betrachtet. Die in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellte kontinuierliche Rückführung des Wanderungssaldos auf 250 000 Personen im Jahr 2033 wird daher nur auf die übrige Wanderung angewandt. Der Wanderungssaldo belief sich im vergangenen Jahr auf knapp 1,5 Millionen (davon 960 000 aus der Ukraine) und in diesem Jahr auf etwa 650 000 (davon 180 000 Ukrainer). Ab dem Jahr 2024 ist keine Nettozuwanderung aus der Ukraine unterstellt, die übrige Zuwanderung geht von 450 000 schrittweise zurück.

Darüber hinaus werden für die Geflüchteten aus der Ukraine weitere Annahmen getroffen. So wird hinsichtlich der Altersstruktur angenommen, dass der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) 60% beträgt. Ihre Partizipationsquote steigt über den gesamten Projektionszeitraum von 47% auf 70%.

Unter diesen Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) zunächst noch leicht zunehmen und erst ab dem Jahr 2025 im Zuge der Alterung allmählich sinken. Über den gesamten Zeithorizont nimmt sie um knapp 450 000 Personen auf 63,2 Mio. im Jahr 2027 zu. Dabei wird die Partizipation aufgrund der zunächst niedrigen Beteiligung ukrainischer Flüchtlinge leicht zurückgehen und erst ab dem Jahr 2024 wieder zunehmen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird über den gesamten Projektionszeitraum von 74,8% auf 75,8% steigen.

Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2027 methodenbedingt mit 3,4% etwas höher liegen als im Jahr 2022 (2,8%).

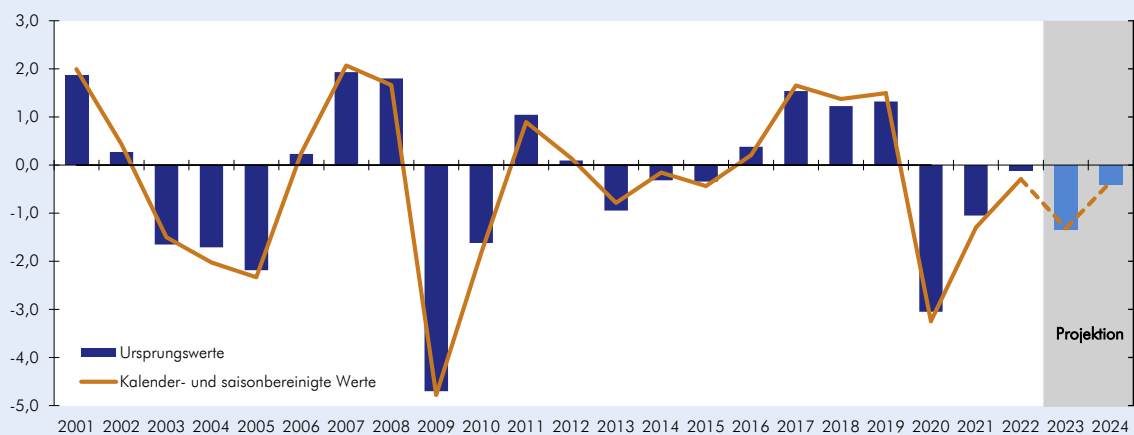
Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer geht in der kurzen Frist leicht zurück. Ab dem Jahr 2025 wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen verläuft zunächst schneller. Erst gegen Ende des Projektionszeitraums nimmt sie wieder langsamer ab. Über den gesamten Zeitraum sinken die im Jahr geleistete Arbeitszeit um etwa 27 Stunden.

Alles in allem wird das potenzielle Arbeitsvolumen infolge der hohen Nettozuwanderung in diesem Jahr noch zunehmen und ab dem Jahr 2024 abnehmen. In der mittleren Frist dämpfen bis auf die ansteigende Partizipationsrate alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum nimmt das potenzielle Arbeitsvolumen jahresdurchschnittlich um 0,1 Prozent ab und dämpft damit das Potenzialwachstum um 0,1 Prozentpunkt.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,1% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,5% betragen und 0,5 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen.

Abbildung K2
Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich damit für dieses Jahr eine Produktionslücke von $-1,3\%$. Im Durchschnitt des Jahres 2024 verringert sie sich auf $-0,3\%$ (vgl. Abbildung K2).

Auf eine schwache Konjunktur im Jahr 2024 könnte auch hindeuten, dass die Einschätzung der privaten Haushalte bezüglich der Entwicklung ihrer eigenen finanziellen Position zurzeit deutlich pessimistischer ist als bezüglich der allgemeinen Wirtschaftslage. In der Vergangenheit war die Differenz zwischen diesen beiden Stimmungsindikatoren recht hoch mit der weiteren konjunkturellen Entwicklung in Deutschland korreliert (vgl. Kasten 3).

Nach einem Haushaltsdefizit in Höhe von $2,7\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird sich der **gesamtstaatliche Finanzierungssaldo** im laufenden Jahr erhöhen, weil die gesamtstaatlichen Einnahmen deutlich stärker expandieren dürften als die Ausgaben. Zwar werden die Steuereinnahmen aufgrund umfangreicher Entlastungen vor allem bei der Einkommen- und der Umsatzsteuer nur verhalten zulegen. Demgegenüber werden aber die Sozialbeiträge spürbar

zunehmen. Dies geht zum einen auf den Anstieg des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen, zum anderen auf die kräftige Expansion der Bruttolöhne und -gehälter zurück, wengleich derjenige Teil dieses Anstiegs, der aus der Zahlung von Inflationsausgleichsprämien resultiert, beitragsfrei bleibt. Alles in allem nehmen die gesamtstaatlichen Einnahmen im Jahr 2023 um 3,4% zu. Die Ausgaben des Staates legen im laufenden Jahr mit 1,4% deutlich verhaltener zu. Zwar expandieren die Subventionen, bei denen die öffentlichen Ausgaben für die Strom- und Gaspreisbremse verbucht werden, erheblich. Auch die Zinsausgaben des Staates dürften deutlich zunehmen. Die monetären Sozialleistungen expandieren mit der kräftigen Rentenanpassung zum 1. Juli 2023 und der Einführung des Bürgergeldes und den ausgabesteigernden Änderungen bei BAföG und Wohngeld stärker als in den Vorjahren. Dagegen gehen die staatlichen Vorleistungskäufe ebenso wie die sozialen Sachleistungen mit dem Entfall pandemiebedingter Ausgaben zurück. Gleiches gilt für die geleisteten Vermögenstransfers und die sonstigen laufenden Transfers. Bei ersteren wurden im vergangenen Jahr die staatlichen Hilfen für Energieproduzenten verbucht, bei letzteren Einmalzahlungen an private Haushalte, allen voran die Energiepreispauschale, die im laufenden Jahr entfallen.

Im kommenden Jahr wird sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte weiter erhöhen, weil die gesamtstaatlichen Einnahmen erneut stärker expandieren als die Ausgaben. Auf der Einnahmeseite machen sich dann, neben der erneut spürbaren Expansion der Bruttolöhne und -gehälter, erneut Beitragssatzanhebungen bei den Sozialversicherungen und geringere steuerliche Entlastungen bemerkbar. Bei den öffentlichen Ausgaben nehmen im Jahr 2024 Vorleistungskäufe und die sozialen Sachleistungen wieder zu. Gedämpft wird der Zuwachs der gesamtstaatlichen Ausgaben aber vor allem durch einen kräftigen Rückgang der Subventionen infolge des Auslaufens der Strom- und Gaspreisbremse. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo beläuft sich im Jahr 2024 auf $-0,6\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, nach $-1,9\%$ im Jahr zuvor. Der strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von $-2,5\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 auf $-0,4\%$ im Jahr 2024. Der strukturelle Primärsaldo erhöht sich von $-1,8\%$ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 auf $0,4\%$ im Jahr 2024 (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Milliarden Euro

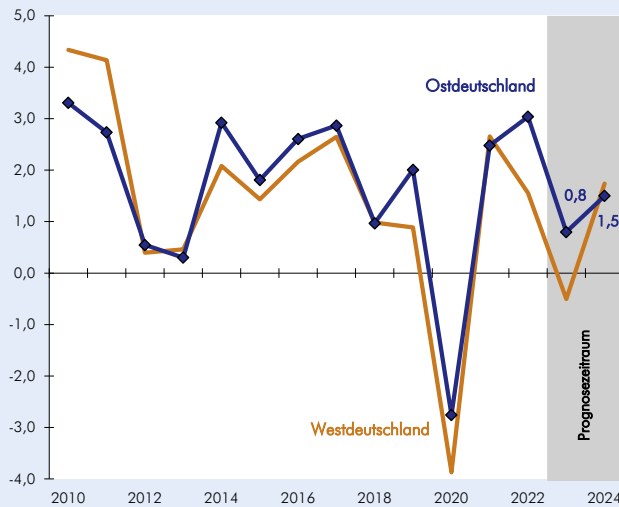
	2021	2022	2023	2024
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-134,3	-106,0	-77,3	-26,2
– Konjunkturkomponente ¹	-19,2	-2,2	-28,2	-8,7
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-115,0	-103,8	-49,2	-17,5
– Einmaleffekte ²	-4,2	-8,5	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	-110,8	-95,3	-49,2	-17,5
+ Zinsausgaben des Staates	20,8	26,2	32,6	35,4
= Struktureller Primärsaldo	-90,0	-69,1	-16,6	17,9
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-17,9	20,9	52,5	34,5
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	-3,1	-2,5	-1,2	-0,4
struktureller Primärsaldo	-2,5	-1,8	-0,4	0,4
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-0,4	0,7	1,4	0,8

¹ Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ² Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Die ostdeutsche Wirtschaft expandierte im Jahr 2022 um 3,0% und damit deutlich stärker als die in Deutschland insgesamt (1,5%). Um 1,5 Prozentpunkte stärker legte auch die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zu, nicht zuletzt aufgrund der Aufnahme der Autoproduktion im Tesla-Werk Grünheide in Brandenburg: In dem Bundesland betrug der Zuwachs 13,4%. Der Abstand der Zuwachsraten war mit 2,7 Prozentpunkten noch deutlich größer im gewichtigen Dienstleistungsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation. Hintergrund dürfte ein stärkerer Zuwachs der privaten verfügbaren Einkommen sein; so sind die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten mit 6,4% stärker gestiegen als in Deutschland insgesamt (4,7%), was auch, aber nicht nur an der deutlichen Erhöhung des im Osten besonders häufig gezahlten Mindestlohns (auf 12 Euro je Stunde ab Oktober 2022) zurückzuführen ist. Diese Erhöhung schlägt sich auch noch auf die Einkommenszuwächse im Jahr 2023 nieder. Zudem

Abbildung 7
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland
 Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2023 Prognose des IWH.

wird in diesem Jahr die gesetzliche Rente um 5,9% und damit um 1,5 Prozentpunkte stärker erhöht als im Westen. Schließlich fielen die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland im ersten Quartal 2023 positiver aus als im Westen. Die Produktion dürfte sich also auch im Jahr 2023 im Osten günstiger entwickeln, es ist mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 0,8% zu rechnen (vgl. Abbildung 7; Deutschland insgesamt: Rückgang um 0,3%). Die Arbeitslosenquote dürfte 7,0% betragen.

Im nächsten Jahr dürfte die Produktion im Osten mit 1,5% wieder etwas langsamer zunehmen als in Deutschland insgesamt (1,7%). Denn typischerweise profitiert die ostdeutsche Wirtschaft in geringerem Maß von einer konjunkturellen Erholung, wie sie für das Jahr 2024 prognostiziert wird. Zudem wird es ab 2024 keine höheren Rentensteigerungen im Osten

mehr geben, denn die Angleichung des Rentenwertes zwischen Ost und West wird schon im laufenden Jahr erreicht. Die Arbeitslosenquote beträgt im Jahr 2024 wohl 6,9%.

Kasten 3

Der PRIMA-Indikator des IWH spricht für Schwäche der deutschen Konjunktur auch im Jahr 2024

Einzelne Akteure besitzen private Information über die wirtschaftlichen Aussichten in ihrem unmittelbaren Umfeld, die bislang nicht systematisch für makroökonomische Prognosen genutzt wurden. Zwar sind einfache Befragungen über die Einschätzungen der Menschen zu ihrer wirtschaftlichen Lage oder zur Lage der gesamten Volkswirtschaft seit langem ein Element der Konjunkturanalyse und -prognose; sie sind aber nicht trennscharf. Der neue IWH-PRIMA-Indikator (PRIVate Information MACroeconomic Indicator) trennt die privaten Informationen von denjenigen aus öffentlichen Quellen.^{K3.1} Die Datengrundlage dafür bilden die monatlichen Stimmungsumfragen der Europäischen Kommission. Zufällig ausgewählte Konsumenten werden darin unter anderem nach zweierlei gefragt: Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die finanzielle Lage Ihres Haushaltes in den kommenden zwölf Monaten entwickeln? Und wie wird sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland in den kommenden zwölf Monaten entwickeln? Aus den Antworten auf beide Fragen berechnet die Kommission je einen eigenen Indikator, indem sie von der Zahl der positiven Antworten die der negativen abzieht und das Ergebnis durch die Gesamtzahl der Antworten dividiert. Der PRIMA-Indikator beruht auf der Annahme, dass die Konsumenten in ihre Antworten auf die erste Frage mehr von ihrer privaten Information einfließen lassen als in den Antworten zu Frage zwei, bei denen eher öffentlich zugängliche Informationen dominieren. Die Differenz zwischen dem auf Frage eins und dem auf Frage zwei basierenden (und jeweils standardisieren) Indikator ergibt den PRIMA-Indikator; es kann modelltheoretisch gezeigt werden, dass er eine Aggregation der in die Umfrage eingeflossenen privaten Informationen hinsichtlich der wirtschaftlichen Aussichten darstellt.^{K3.2}

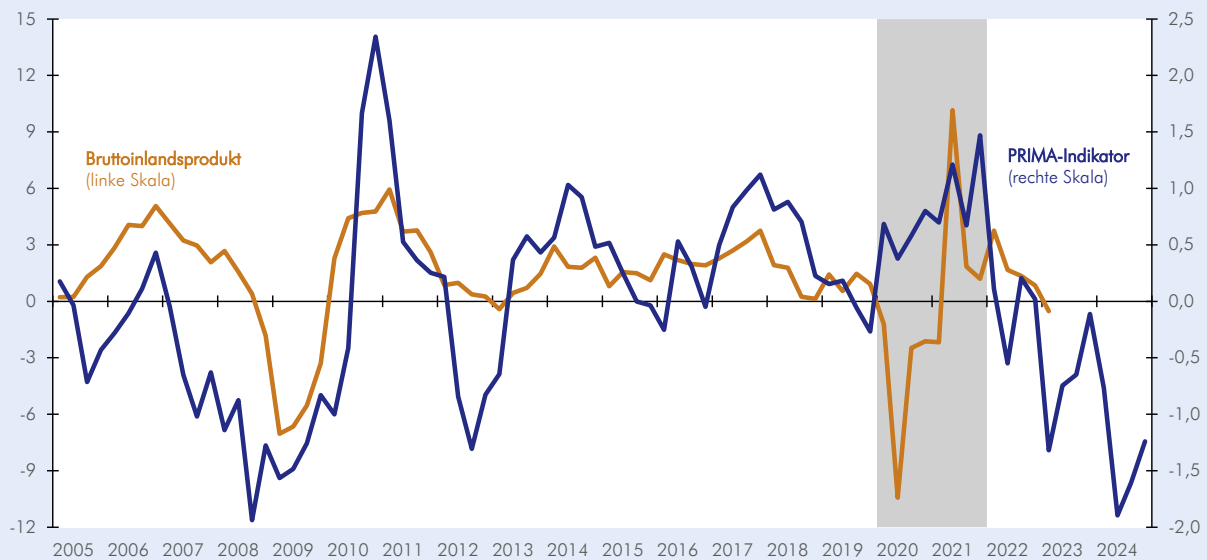
^{K3.1} Vgl. Heinish, K.; Lindner, A.: Ein neues Instrument für die Prognose der Wirtschaftsaktivität in Deutschland: der PRIMA-Indikator, in *Wirtschaft im Wandel* – Jg. 28 (4), 2022.

^{K3.2} Vgl. Heinish, K.; Lindner, A.: Economic Sentiment: Disentangling Private Information from Public Knowledge, *IWH Discussion Papers* 15/2021.

Außerdem zeigt es sich, dass der PRIMA-Indikator nicht nur als Ergänzung zu anderen Frühindikatoren verwendet werden kann, sondern dass er eine hohe Korrelation mit dem Zuwachs des deutschen Bruttoinlandsprodukts in den – vom Zeitpunkt der Umfrage aus gesehen – kommenden eineinhalb Jahren aufweist (vgl. Abbildung K3). Wenn etwa die Konsumenten in Deutschland für die eigene finanzielle Situation relativ optimistischer waren als für die Volkswirtschaft insgesamt, expandierte das Bruttoinlandsprodukt in den kommenden Quartalen in der Vergangenheit im Schnitt recht stark. Für einen so langen Zeithorizont besitzen geläufige Stimmungsindikatoren wie die ifo-Geschäftserwartungen keine Prognosekraft mehr.

Abbildung K3

PRIMA-Indikator (Niveau) und Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)



Anmerkung: Der Verlauf des PRIMA-Indikators (linke Skala) ist um eineinhalb Jahre in die Zukunft verschoben dargestellt; Bruttoinlandsprodukt (rechte Skala): Veränderungsrate der kalender- und saisonbereinigten Werte.

Quellen: Europäische Kommission; Berechnungen des IWH.

Für die Jahre 2020 und 2021 (in der Abbildung als graue Fläche markiert) gibt es allerdings keinen Zusammenhang: Die Pandemie war für alle eine Überraschung. Aktuell sollte der Indikator aber wieder aussagekräftig sein: Die Differenz zwischen dem Indikator für die Zuversicht hinsichtlich der eigenen finanziellen Aussichten und dem für die allgemeine Wirtschaftslage ist in letzter Zeit so niedrig wie zu keinem Zeitpunkt während der vergangenen zehn Jahre, auch wenn sie im ersten Quartal wieder etwas (auf -1,2) gestiegen ist. Der PRIMA-Indikator signalisiert für das Jahr 2024 keine kräftige Erholung der Konjunktur in Deutschland.

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Europa	28,3	5,8	3,3	0,8	1,7	3,6	11,1	7,1	4,3				
EU 27	20,1	5,4	3,6	0,8	1,8	2,8	8,8	6,0	3,3	7,0	6,1	5,9	5,6
Großbritannien	3,6	7,6	4,1	0,5	1,2	2,6	9,1	7,0	2,9	4,5	3,7	4,0	4,5
Schweiz	0,9	4,2	2,1	0,8	1,7	0,6	2,8	2,4	1,3	5,1	4,3	4,2	4,3
Norwegen	0,6	3,9	3,3	1,4	1,7	3,5	5,8	5,3	3,2	4,4	3,2	3,6	3,8
Russland	2,1	5,6	-1,6	0,8	0,9	6,7	13,8	5,5	6,0				
Türkei	1,0	11,4	5,6	2,1	2,7	19,6	72,3	40,0	30,0				
Amerika	34,6	6,0	2,4	1,4	1,3								
USA	27,2	5,9	2,1	1,3	1,2	4,7	8,0	4,2	2,5	5,4	3,6	3,7	4,1
Kanada	2,3	5,0	3,4	1,5	1,5	3,4	6,8	3,6	2,3	7,5	5,3	5,3	5,8
Lateinamerika ³	5,0	6,9	3,5	1,8	1,8								
Asien	37,1	6,8	3,2	4,3	3,9								
Japan	5,8	2,1	1,0	1,5	1,2	-0,2	2,5	2,8	1,8	2,8	2,6	2,5	2,4
China ohne Hongkong	20,7	8,5	3,0	5,3	4,3								
Südkorea	2,1	4,1	2,6	0,9	2,3	2,5	5,1	3,3	2,3	3,7	2,9	3,0	3,2
Indien	3,7	9,1	7,2	6,3	6,6								
Ostasien ohne China ⁴	4,7	4,9	4,0	3,5	4,1								
Insgesamt ⁵	100,0	6,3	2,9	2,3	2,4								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	64,6	5,4	2,6	1,1	1,5	3,3	7,5	4,7	2,7	5,6	4,5	4,4	4,5
Schwellenländer ⁷	35,4	7,8	3,5	4,5	4,0								
<i>nachrichtlich:</i>													
Exportgewichtet ⁸	-	6,1	3,5	1,5	2,1								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁹	-	6,6	3,3	2,7	2,8								
Welthandel ¹⁰	-	10,4	3,2	-0,7	2,2								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar.

² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2021.

³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar.

⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2021.

⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2021.

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2021 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ILO; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

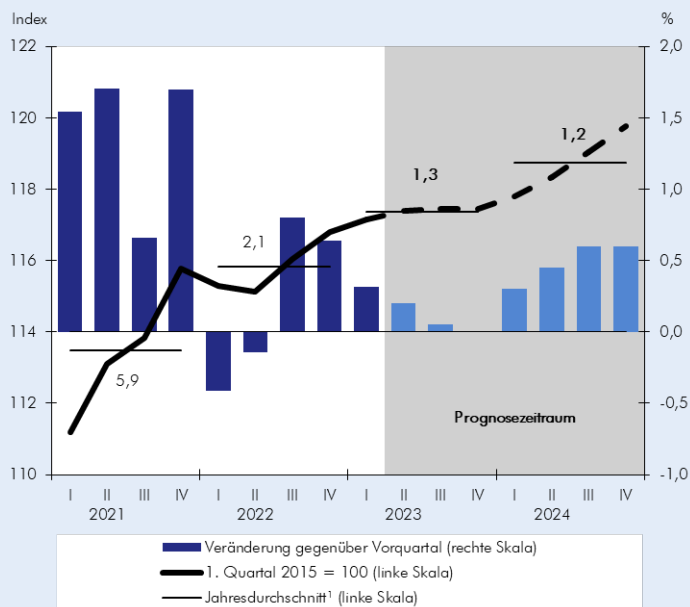
Tabelle A2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2021	2022	2023	2024
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	5,9	2,1	1,3	1,2
privater Konsum	8,3	2,7	2,5	1,5
Staatskonsum und -investitionen	1,3	-0,2	2,5	1,5
private Bruttoanlageinvestitionen	7,5	-0,2	-0,9	1,9
Vorratsveränderungen ¹	0,2	0,7	0,0	-0,2
inländische Verwendung	6,7	1,7	1,1	1,3
Exporte	6,1	7,1	3,8	2,8
Importe	14,1	8,1	0,3	2,7
Außenbeitrag ¹	-1,2	-0,4	0,2	-0,1
Verbraucherpreise	4,7	8,0	4,2	2,5
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-12,1	-4,2	-5,3	-5,4
Leistungsbilanzsaldo	-3,6	-3,7	-3,5	-3,6
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	5,4	3,6	3,7	4,1

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; IWF; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A1
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2023: Prognose des IWH.

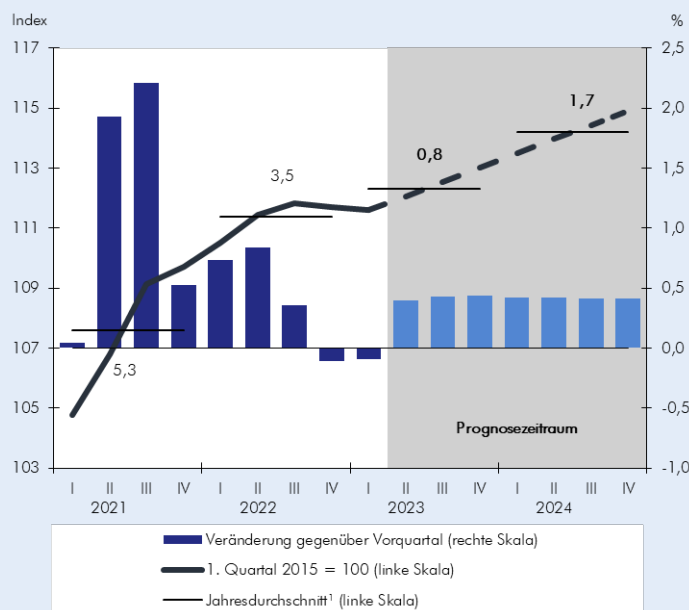
Tabelle A3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2021	2022	2023	2024
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	5,3	3,4	0,8	1,7
privater Konsum	3,7	4,5	0,2	1,3
öffentlicher Konsum	4,3	1,4	0,0	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	3,9	3,7	1,0	2,1
inländische Verwendung	4,1	3,8	0,4	1,5
Exporte ¹	10,6	7,1	2,0	4,1
Importe ¹	8,4	8,2	0,8	4,1
Außenbeitrag ²	1,3	-0,2	0,7	0,2
Verbraucherpreise ³	2,6	8,4	5,3	2,9
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-5,1	-3,4	-3,6	-2,7
Leistungsbilanzsaldo	2,3	-1,1	2,1	2,1
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	7,9	6,7	6,5	6,2

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A2
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Deutschland	24,8	2,6	1,9	-0,1	1,8	3,2	8,6	5,9	2,2	3,6	3,1	2,9	2,9
Frankreich	17,2	6,4	2,5	0,7	1,3	2,1	5,9	5,9	3,3	7,9	7,3	7,0	6,9
Italien	12,3	7,0	3,8	1,2	0,9	2,0	8,7	5,6	2,4	9,6	8,1	7,8	7,5
Spanien	8,3	5,5	5,5	1,9	1,9	3,0	8,3	2,8	2,5	14,8	12,9	12,7	11,8
Niederlande	5,9	4,9	4,5	0,9	1,7	2,8	11,6	4,6	4,2	4,2	3,5	3,3	2,8
Belgien	3,5	6,3	3,2	1,2	1,3	3,2	10,3	1,8	3,7	6,3	5,6	5,3	4,9
Irland	2,9	13,4	12,1	1,0	5,8	2,5	8,1	4,7	2,5	6,3	4,5	3,8	3,1
Österreich	2,8	4,7	4,9	0,7	1,4	2,8	8,6	7,7	4,0	6,2	4,8	5,0	5,1
Finnland	1,7	3,0	2,1	-0,1	1,3	2,1	7,2	4,9	2,8	7,7	6,8	6,8	6,9
Portugal	1,5	5,5	6,7	2,3	1,6	0,9	8,1	5,3	3,3	6,6	6,0	6,8	6,3
Griechenland	1,3	8,1	6,0	1,6	2,0	0,6	9,3	4,1	3,6	14,8	12,5	10,5	9,5
Slowakei	0,7	4,9	1,7	1,2	2,3	2,8	12,1	12,3	7,7	6,8	6,2	5,9	5,5
Luxemburg	0,5	5,1	1,6	1,1	2,7	3,5	8,1	2,1	3,6	5,4	4,6	4,9	4,8
Kroatien	0,4	12,7	6,3	2,2	2,2	2,7	10,7	7,4	3,5	7,7	6,9	5,9	4,5
Litauen	0,4	5,9	1,9	-0,6	3,5	4,6	18,8	9,2	6,2	7,1	5,9	6,9	6,3
Slowenien	0,4	8,3	5,7	1,3	2,7	2,0	9,3	7,2	4,5	4,8	4,0	3,2	2,7
Lettland	0,2	4,0	2,8	1,2	2,5	3,3	17,1	10,3	5,1	7,6	6,9	5,8	5,2
Estland	0,2	8,0	-1,0	-1,3	3,0	4,5	19,4	11,2	8,5	6,2	5,6	5,4	5,2
Zypern	0,2	6,6	5,6	2,7	2,3	2,3	8,1	3,6	3,5	7,5	6,8	5,7	4,5
Malta	0,1	11,6	7,1	2,7	3,3	0,7	6,1	5,8	3,4	3,4	2,9	2,8	2,4
Euroraum insgesamt	85,2	5,3	3,5	0,8	1,7	2,6	8,4	5,3	2,9	7,7	6,7	6,5	6,2
Euroraum ohne Deutschland	60,4	6,4	4,2	1,1	1,7	2,4	8,3	5,1	3,2	9,2	8,0	7,7	7,3
Polen	4,0	6,8	5,4	0,9	3,0	5,2	13,2	12,0	7,3	3,4	2,9	3,1	3,0
Schweden	3,7	5,9	2,9	0,4	1,7	2,7	8,0	6,4	3,8	8,8	7,5	7,3	7,2
Dänemark	2,3	4,9	3,8	1,3	1,3	2,0	8,5	4,2	2,5	5,1	4,5	4,6	4,4
Rumänien	1,7	5,9	4,2	2,9	3,6	4,1	12,0	9,2	5,6	5,6	5,6	5,4	5,1
Tschechien	1,6	3,5	2,5	0,3	2,6	3,3	14,8	13,7	6,1	2,8	2,4	2,5	2,4
Ungarn	1,1	7,2	4,6	-0,3	2,9	5,2	15,2	19,5	8,9	4,0	3,6	3,8	3,6
Bulgarien	0,5	7,1	3,8	1,8	2,3	2,9	13,0	8,9	4,9	5,3	4,3	3,6	2,6
EU 27 ⁴	100,0	5,4	3,6	0,8	1,8	2,8	8,8	6,0	3,3	7,0	6,1	5,9	5,6
MOE-Länder ⁵	11,1	6,3	4,2	1,0	2,9	4,2	13,6	12,0	6,6	4,5	4,0	4,0	3,7

¹ Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2021.⁵ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien.

Quellen: Eurostat; IWF; ILO; Berechnungen des IWH; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A5

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	1,4	0,2	1,2	-1,7	-1,2	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4
öffentlicher Konsum	0,8	0,4	-1,1	0,2	-4,9	0,6	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Bauten	1,8	1,1	5,4	-3,6	3,2	0,3	0,2	0,9	0,8	0,7	0,6	0,5
Ausrüstungen	3,5	-3,1	-1,0	-3,2	3,9	-2,3	-1,9	-0,7	-0,1	0,0	0,1	0,1
sonstige Anlagen	-0,1	0,8	1,0	0,7	0,1	0,3	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Vorratsinvestitionen ²	-0,3	0,7	0,2	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	1,1	0,6	0,9	-1,0	-1,0	0,1	0,1	0,3	0,5	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ²	0,0	-0,7	-0,4	0,5	0,7	0,3	-0,1	0,3	0,1	0,1	0,1	0,0
Exporte	0,3	0,6	1,5	-1,3	0,4	-1,0	0,6	0,9	0,9	1,0	0,9	0,8
Importe	0,4	2,3	2,5	-2,4	-0,9	-1,8	0,8	0,4	0,8	0,8	0,8	0,9
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-0,1	0,5	-0,5	-0,3	0,4	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. - ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A6

Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹

in Prozentpunkten

	2021	2022	2023	2024
Konsumausgaben	1,0	2,7	-1,7	1,2
private Konsumausgaben	0,2	2,4	-0,7	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,8	0,3	-1,0	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	0,1	-0,1	0,0
Bauten	0,0	-0,2	-0,4	-0,3
Ausrüstungen	0,2	0,2	0,2	0,2
sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,5	0,4	0,6	0,1
inländische Verwendung	1,8	3,1	-1,2	1,3
Außenbeitrag	0,8	-1,3	0,9	0,4
Exporte	4,2	1,6	-0,2	1,3
Importe	-3,4	-2,9	1,1	-0,9
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,8	-0,3	1,7

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A7

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2021	2022	2023	2024
statistischer Überhang ¹	2,2	0,8	-0,2	0,5
Jahresverlaufsrate ²	1,2	0,8	0,6	1,9
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	2,6	1,9	-0,1	1,8
Kalendereffekt ³	0,1	-0,1	-0,2	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	2,6	1,8	-0,3	1,7

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. - ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. - ³ In % des realen BIP. - ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2022 und 2023**

	2022	2023 ¹	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) ¹	41 665	42 057	392	0,9
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34 509	34 711	201	0,6
Geförderte ²	111	91	-20	-18,0
nicht geförderte	34.398	34 620	221	0,6
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 125	4 209	84	2,0
sonstige	3.031	3.137	106	3,5
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 908	3 882	-26	-0,7
geförderte Selbstständigkeit	8	5	-2	-30,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 900	3 876	-24	-0,6
Erwerbstätige (Inland)	45 572	45 938	366	0,8
staatlich subventionierte Erwerbstätige	490	257	-233	-47,5
geförderte Erwerbstätige ³	119	96	-22	-18,8
Kurzarbeit	372	161	-211	-56,7
ungeförderte Erwerbstätigkeit	45 082	45 681	599	1,3
<i>nachrichtlich:</i>				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen (Inland) in %	1,1	0,6		

¹ Prognose des IWH. – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A9**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	9,7	3,4	-0,4	2,8
Importe, real	9,0	6,9	-2,2	2,1
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	47,0	50,5	47,4	47,9
Importe, nominal	41,7	48,5	43,4	42,7
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	191,6	75,9	166,7	223,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A10**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024
Anlageinvestitionen insgesamt	1,2	0,4	-0,5	0,0
Bauinvestitionen insgesamt	0,0	-1,8	-3,3	-2,2
Wohnbauten	0,6	-2,1	-4,4	-3,2
Nichtwohnbauten insgesamt	-0,9	-1,3	-1,4	-0,6
gewerbliche Bauten	0,1	-1,9	-1,2	-0,5
öffentliche Bauten	-2,9	0,2	-1,7	-0,9
Ausrüstungen	3,5	3,3	3,3	2,3
Sonstige Anlagen	1,0	2,1	2,2	2,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A11
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024
verfügbares Einkommen, nominal	2,1	7,2	4,7	4,4
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	4,2	5,3	6,8	3,7
monetäre Sozialleistungen	1,8	1,4	5,4	3,4
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	1,6	13,7	0,5	6,2
Sparen	-6,1	-19,9	3,0	1,3
private Konsumausgaben, nominal	3,5	11,8	4,7	4,7
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	3,7	5,7	6,4	4,3
Sparquote (in %)	15,1	11,3	11,2	10,8
Preisindex des privaten Konsums	3,1	6,6	6,1	2,8
private Konsumausgaben, real	0,4	4,9	-1,3	1,8

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A12
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

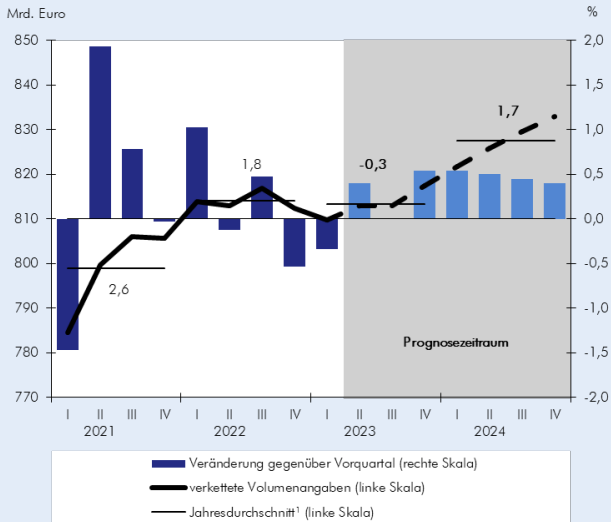
Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2022				2023			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-0,1	0,5	-0,5	-0,3	0,4	0,0	0,5
<i>Darunter</i>								
Bruttowertschöpfung	1,3	-0,6	1,4	-1,1	0,9	-0,1	0,1	0,5
<i>darunter</i>								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,4	0,0	0,4	-0,9	1,7	-0,5	-0,2	0,6
Verarbeitendes Gewerbe	-0,3	-0,1	0,8	-0,3	2,0	-0,5	-0,3	0,6
Energie- und Wasserversorgung	-0,6	0,3	-2,5	-4,7	0,3	-0,5	0,1	0,3
Baugewerbe	1,3	-2,6	-1,8	-2,8	6,1	-2,5	-2,2	0,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	2,0	-1,7	2,9	-2,6	0,1	1,7	1,3	0,7
Information und Kommunikation	1,5	0,2	1,3	0,6	0,6	0,6	0,4	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,5	0,3	1,2	-0,3	-1,7	-0,2	-0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	0,1	-0,3	0,0	1,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	1,7	0,5	-0,1	0,0	-0,4	-0,1	0,3	0,4
öffentliche Dienstleister	2,4	-1,4	3,1	-0,3	0,3	-0,8	-0,2	0,4
sonstige Dienstleister	6,4	0,3	7,0	-6,6	1,2	-0,2	0,2	0,5

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2023: Prognose des IWH.

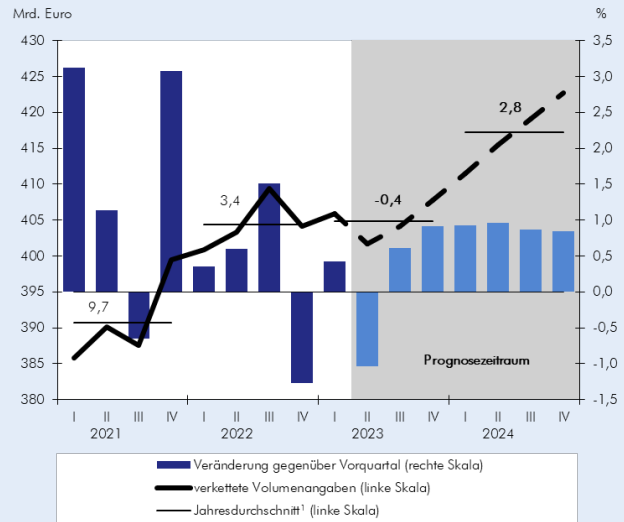
Abbildung A3
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2023: Prognose des IWH.

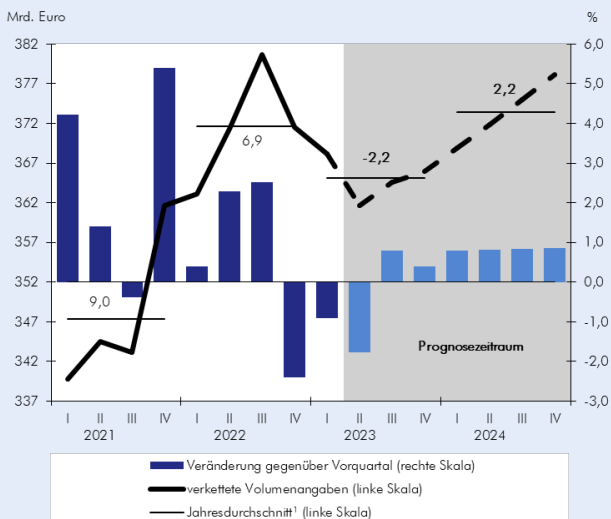
Abbildung A4
Reale Exporte
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2023: Prognose des IWH.

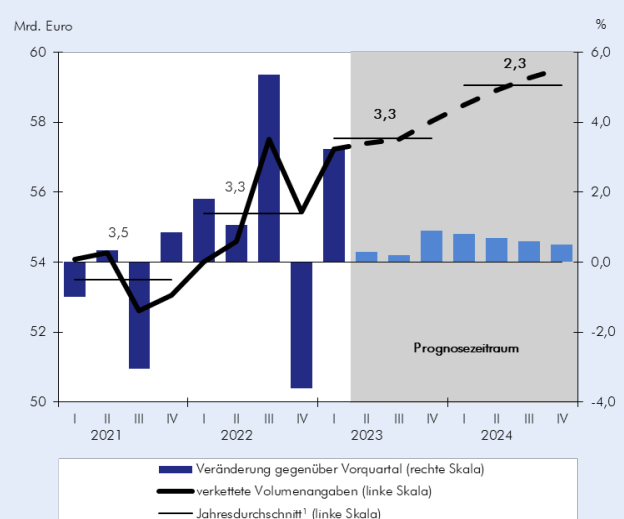
Abbildung A5
Reale Importe
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A6
Reale Investitionen in Ausrüstungen
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



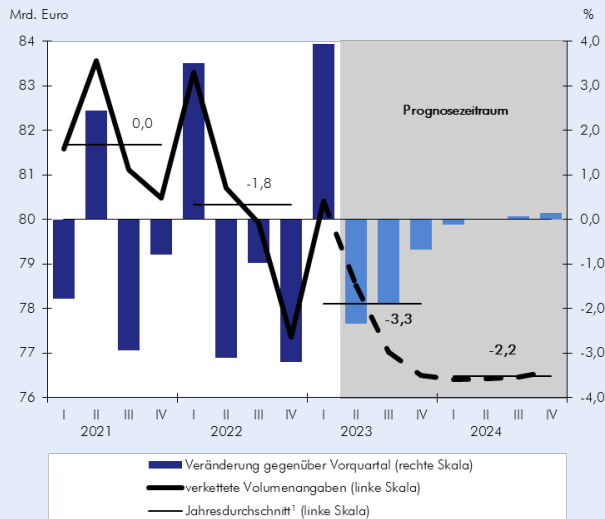
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A7

Reale Bauinvestitionen

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



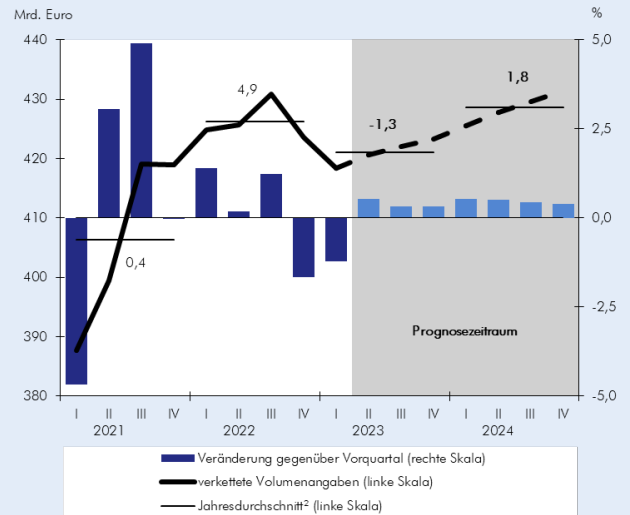
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A8

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



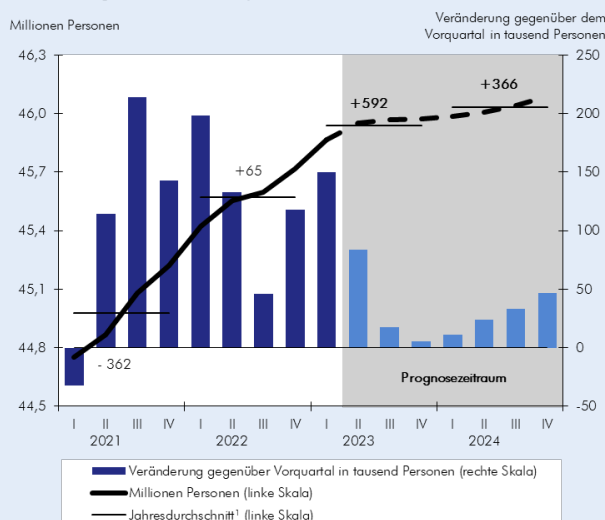
¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A9

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

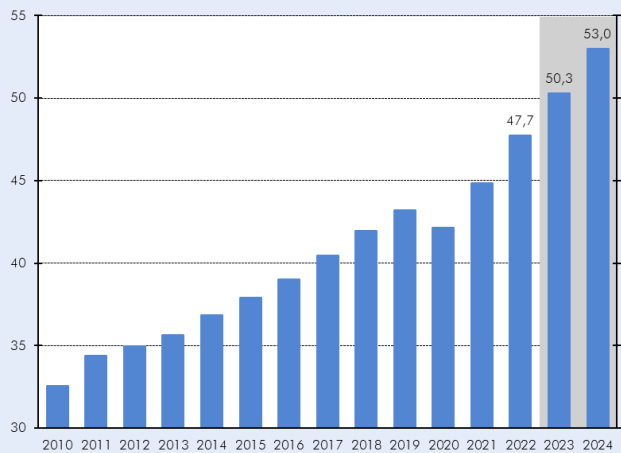


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Weitere Indikatoren

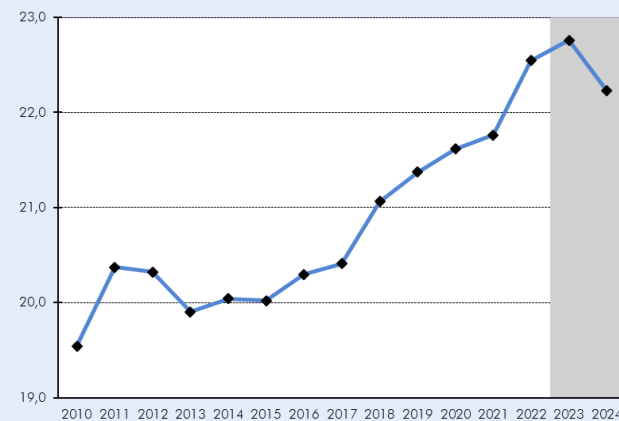
Abbildung A10
Bruttonationaleinkommen¹ je Einwohner
 Tausend Euro, in jeweiligen Preisen



¹ Summe der von allen Inländern erwirtschafteten BWS zzgl. aller Gütersteuern (abzgl. Gütersubventionen), zzgl. Nettoeinnahmen aus Primäreinkommen im Ausland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2023: Prognose des IWH.

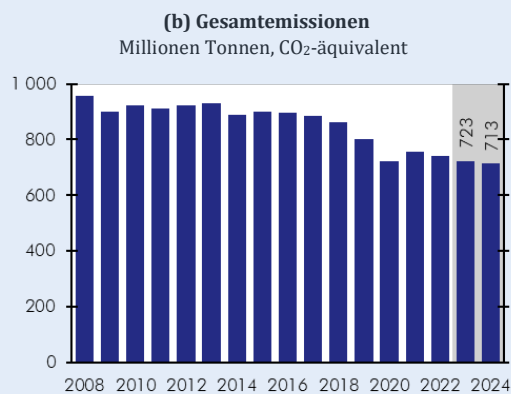
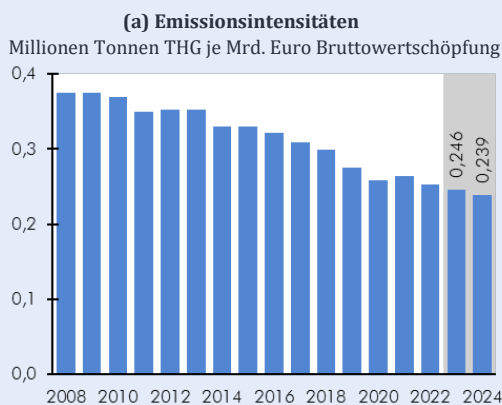
Abbildung A11
Bruttoanlageinvestitionen¹
 Anteil am BIP in %, in jeweiligen Preisen



¹ Bruttoanlageinvestitionen bezeichnen den Wert jener Anlagen, welche von inländischen Wirtschaftseinheiten erworben werden, um sie länger als ein Jahr im Produktionsprozess einzusetzen. Sie setzen sich zusammen aus Ausrüstungen, Bauten und sonstigen Anlagen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A12
Jährliche Treibhausgas-Emissionsprognosen 2008 bis 2024



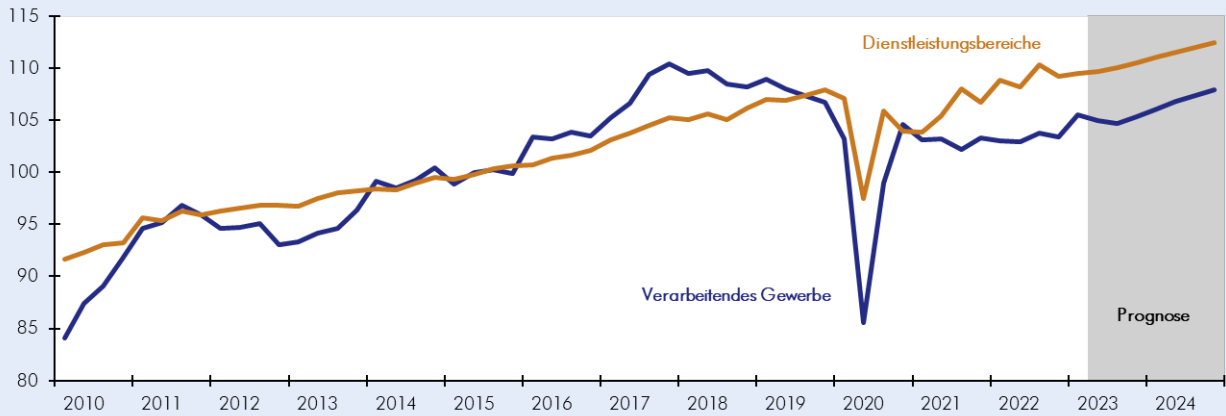
Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, 14.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Abbildung A13

Reale Bruttowertschöpfung

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

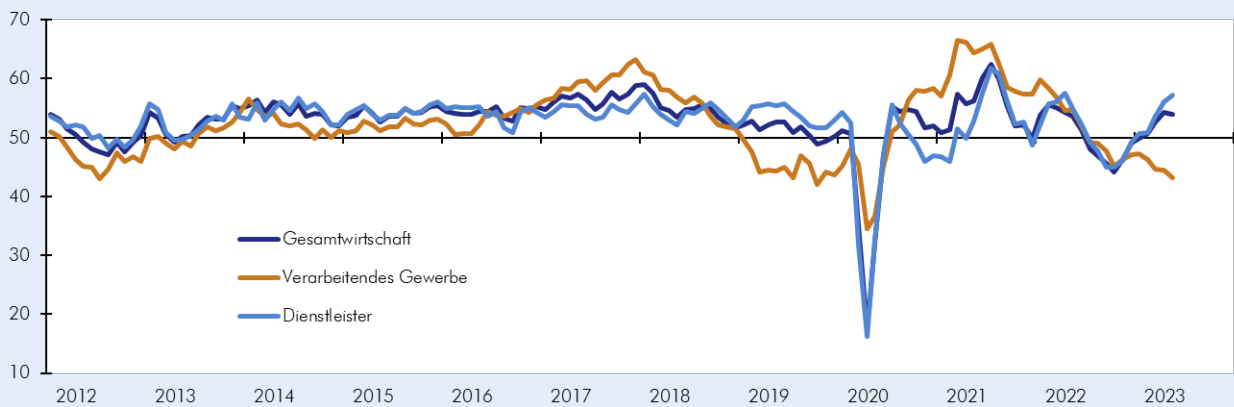


Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A14

Purchasing Manager Index für Deutschland

Indexwert (50 = keine Veränderung)



Quelle: S&P Global, Hamburg Commercial Bank.

Tabelle A13

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd, Euro gegenüber Vorjahr

	2023	2024
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Alterseinkünftegesetz	-1,5	-1,5
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags	-0,7	-0,5
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,6	0,0
Inflationsausgleichsprämie	-6,0	3,0
Inflationsausgleichsgesetz: Änderungen beim Einkommensteuertarif	-12,3	-14,7
temporäre Senkung der Energiesteuer im Jahr 2022	3,2	0,0
Temporäre Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie und auf Erdgas	-4,5	6,5
Zukunftsfinanzierungsgesetz		-0,6
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computer-Hardware und Software	0,8	2,3
Jahressteuergesetz 2022	-2,7	0,7
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,0	0,0
Klimapaket: CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	0,0	2,0
Klimapaket: steuerliche Maßnahmen	0,2	0,0
Änderungen bei der LKW-Maut	0,7	0,0
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2023 um 0,3 Prozentpunkte und zum 1. Januar 2024 um 0,3 Prozentpunkte	3,7	3,7
Erhöhung des Beitragszuschlags zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,35 Prozentpunkte, für Kinderlose um 0,6 Prozentpunkte zum 1. Juli 2023	3,2	3,5
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	2,5	0,1
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	-0,3	0,0
Erhöhung der Midi- und Minijobgrenzen	-1,3	0,0
Inflationsausgleichsprämie	-7,0	3,5
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 ³	-0,6	2,0
Zusätzliche Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds	-5,0	-8,0
Zusätzliche investive Maßnahmen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024	-1,0	-0,5
LNG-Terminals	0,0	3,0
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	-4,0	-8,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	-0,5	0,0
Heizkostenzuschüsse für Geringverdiener im Jahr 2022	1,7	0,0
Einmalzahlung an Rentner im Jahr 2022	6,0	0,0
Einmalzahlung an Studierende	-0,7	0,7
Energiepreispauschale 2022	10,0	0,0
Inflationsausgleichsgesetz: Anhebung des Kindergeldes	-6,3	1,5
Erhöhung des Kinderzuschlags	-0,2	0,0
Unternehmenshilfen im Zusammenhang mit dem Energiepreisanstieg	20,0	3,0
Strom- und Gaspreisbremse, Dezemberabschlag 2022, Härtefallregelungen	-40,0	35,0
Preissenkung im öffentlichen Personennahverkehr	0,7	-1,0
Zusätzliche Mittel für Forschungseinrichtungen	-0,6	-0,3
Einführung Bürgergeld zum 1. Januar 2023	-4,8	-0,4
Änderungen beim Wohngeld und beim BAföG	-4,2	0,1
Aufbauhilfefonds 2021	-3,0	0,0
Pflegebonus 2022	1,0	0,0
Corona-Maßnahmen	15,0	3,0
Ausgaben der Sozialversicherungen		
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode ⁴	-0,3	-0,3
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	1,9	0,3
Einmaliger Zuschuss für ALG-I-Empfänger im Jahr 2022	0,1	0,0
Grundrente	0,8	-0,2
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	-0,1	-0,2
Maßnahmen im Bereich der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung	1,0	-3,7
Insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁵	-34,1	34,4
Insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,8	0,8

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuerrecht, Fondsstandortgesetz, Jahressteuergesetz 2020, Erhöhung der Behinderten-Pauscheträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen. – ³ Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. – ⁴ Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ⁵ Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A14
Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2022
 in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 502,2	2 375,7	399,6	726,9	–
2	– Abschreibungen	792,6	452,7	100,3	239,6	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 709,6	1 923,1	299,3	487,3	–75,9
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 016,1	1 456,4	307,6	252,1	18,3
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,7	28,3	0,3	10,1	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	52,6	43,6	0,2	8,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	707,5	481,9	–8,4	233,9	–94,2
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 020,5	–	–	2 020,5	13,9
9	– geleistete Subventionen	70,8	–	70,8	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	418,5	–	418,5	–	10,8
11	– geleistete Vermögenseinkommen	721,4	674,8	26,2	20,4	233,2
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	854,0	429,3	16,4	408,3	100,5
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 208,2	236,3	329,5	2 642,3	–206,8
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	515,2	123,3	–	391,8	14,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	528,8	–	528,8	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	809,6	–	–	809,6	4,6
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	809,7	142,5	666,3	0,9	4,5
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	694,1	73,9	619,3	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	686,1	–	–	686,1	8,6
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	426,2	217,0	114,5	94,7	70,1
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	364,0	191,3	28,2	144,4	132,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 151,7	155,9	819,1	2 176,8	–150,4
23	– Konsumausgaben	2 832,0	–	849,3	1 982,7	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,0	–	59,0	–
25	= Sparen	319,7	96,9	–30,3	253,1	–150,4
26	– geleistete Vermögenstransfers	126,6	18,2	92,9	15,5	7,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	113,8	74,0	18,9	20,9	19,8
28	– Bruttoinvestitionen	962,0	571,8	103,1	287,0	–
29	+ Abschreibungen	792,6	452,7	100,3	239,6	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	10,7	11,2	–1,0	0,6	–10,7
31	= Finanzierungssaldo	126,8	22,4	–106,0	210,5	–126,8
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 151,7	155,9	819,1	2 176,8	–150,4
33	– geleistete soziale Sachtransfers	540,0	–	540,0	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	540,0	–	–	540,0	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 151,7	155,9	279,1	2 716,7	–150,4
36	– Konsum ³	2 832,0	–	309,4	2 522,7	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,0	–	59,0	–
38	= Sparen	319,7	96,9	–30,3	253,1	–150,4

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2023

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 782,8	2 580,0	425,1	777,8	–
2	– Abschreibungen	874,1	503,3	111,2	259,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 908,7	2 076,6	313,9	518,2	–166,7
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 139,7	1 552,1	320,3	267,2	20,3
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	37,5	27,4	0,3	9,8	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	31,7	29,9	0,2	1,7	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	763,3	526,9	–6,6	242,9	–187,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 144,9	–	–	2 144,9	15,1
9	– geleistete Subventionen	86,5	–	86,5	–	4,8
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	415,4	–	415,4	–	11,3
11	– geleistete Vermögenseinkommen	769,2	713,4	32,6	23,2	251,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	910,7	488,6	16,6	405,5	110,4
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 378,5	302,2	306,2	2 770,1	–306,9
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	525,5	123,5	–	402,1	14,9
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	539,8	–	539,8	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	850,9	–	–	850,9	4,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	851,2	145,9	704,5	0,9	4,6
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	731,5	74,6	656,1	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	723,5	–	–	723,5	8,7
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	471,2	259,4	96,9	114,9	76,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	381,3	199,5	28,8	153,0	166,8
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 295,1	190,0	826,4	2 278,7	–223,5
23	– Konsumausgaben	2 926,6	–	850,3	2 076,3	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–58,2	–	58,2	–
25	= Sparen	368,6	131,8	–23,9	260,6	–223,5
26	– geleistete Vermögenstransfers	145,6	59,8	70,3	15,6	6,2
27	+ empfangene Vermögenstransfers	129,5	87,2	18,9	23,4	22,3
28	– Bruttoinvestitionen	1 019,2	602,0	114,3	303,0	–
29	+ Abschreibungen	874,1	503,3	111,2	259,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	18,8	19,3	–1,0	0,5	–18,8
31	= Finanzierungssaldo	188,6	41,3	–77,3	224,5	–188,6
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 295,1	190,0	826,4	2 278,7	–223,5
33	– geleistete soziale Sachtransfers	526,0	–	526,0	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	526,0	–	–	526,0	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 295,1	190,0	300,4	2 804,7	–223,5
36	– Konsum ³	2 926,6	–	324,3	2 602,3	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–58,2	–	58,2	–
38	= Sparen	368,6	131,8	–23,9	260,6	–223,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2024

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 955,2	2 692,1	448,3	814,9	–
2	– Abschreibungen	935,4	544,8	118,0	272,6	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 019,8	2 147,3	330,3	542,3	–223,7
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 241,8	1 625,7	336,4	279,8	21,8
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	40,8	29,8	0,3	10,7	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	36,6	34,7	0,2	1,6	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	773,7	526,6	–6,3	253,4	–245,5
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 247,3	–	–	2 247,3	16,3
9	– geleistete Subventionen	58,4	–	58,4	–	4,8
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	439,9	–	439,9	–	11,4
11	– geleistete Vermögenseinkommen	765,7	711,0	35,4	19,3	296,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	921,9	475,0	16,9	430,0	140,8
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 558,7	290,5	356,8	2 911,4	–378,7
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	545,1	131,9	–	413,1	15,6
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	560,1	–	560,1	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	906,5	–	–	906,5	5,1
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	907,1	151,5	754,7	0,9	4,6
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	756,3	75,2	680,3	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	748,1	–	–	748,1	8,8
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	448,5	250,6	98,7	99,1	85,2
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	376,9	208,1	29,5	139,3	156,7
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 494,5	192,3	922,2	2 380,0	–314,5
23	– Konsumausgaben	3 068,0	–	894,4	2 173,6	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
25	= Sparen	426,5	134,8	27,8	263,9	–314,5
26	– geleistete Vermögenstransfers	149,9	66,9	66,9	16,1	5,5
27	+ empfangene Vermögenstransfers	133,3	89,6	19,5	24,1	22,2
28	– Bruttoinvestitionen	1 047,5	616,9	125,6	305,0	–
29	+ Abschreibungen	935,4	544,8	118,0	272,6	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	18,8	19,4	–1,0	0,4	–18,8
31	= Finanzierungssaldo	279,1	66,1	–26,2	239,2	–279,1
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 494,5	192,3	922,2	2 380,0	–314,5
33	– geleistete soziale Sachtransfers	551,5	–	551,5	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	551,5	–	–	551,5	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 494,5	192,3	370,7	2 931,6	–314,5
36	– Konsum ³	3 068,0	–	342,9	2 725,1	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
38	= Sparen	426,5	134,8	27,8	263,9	–314,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A15

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 und 2024

	2022	2023	2024	2023		2024	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
1 Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	1,3	0,8	0,2	1,0	0,7	0,2	0,2
Arbeitsvolumen	1,3	0,0	0,1	0,3	-0,3	-0,4	0,6
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	0,0	-0,8	-0,1	-0,6	-0,9	-0,6	0,4
Produktivität ¹	0,5	-0,3	1,6	-0,7	0,0	1,8	1,4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,8	-0,3	1,7	-0,3	-0,3	1,4	2,1
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 832,0	2 926,6	3 068,0	1 423,6	1 503,0	1 498,9	1 569,1
private Haushalte ²	1 982,7	2 076,3	2 173,6	1 012,4	1 063,9	1 063,5	1 110,1
Staat	849,3	850,3	894,4	411,2	439,1	435,4	459,0
Anlageinvestitionen	872,4	935,9	964,5	455,7	480,0	467,2	497,0
Ausrüstungen	474,7	507,0	516,2	251,2	255,6	253,4	262,5
Bauten	253,7	278,9	292,2	133,4	145,5	139,9	152,3
Ausrüstungen	144,0	149,9	156,2	71,0	78,9	73,9	82,3
Vorratsveränderung ³	89,5	83,3	82,9	43,0	40,3	44,0	38,9
inländische Verwendung	3 794,0	3 945,8	4 115,5	1 922,3	2 023,3	2 010,1	2 105,0
Außenbeitrag	75,9	166,7	223,7	86,1	80,6	117,8	105,9
Exporte	1 954,6	1 949,8	2 077,6	970,0	979,8	1 015,0	1 062,6
Importe	1 878,7	1 783,1	1 853,9	883,8	899,2	897,2	956,7
Bruttoinlandsprodukt	3 869,9	4 112,5	4 339,2	2 008,4	2 103,8	2 127,9	2 211,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	10,1	3,3	4,8	3,9	2,8	5,3	4,4
private Haushalte ²	11,8	4,7	4,7	5,9	3,6	5,0	4,3
Staat	6,5	0,1	5,2	-0,8	1,0	5,9	4,5
Anlageinvestitionen	11,3	7,3	3,1	8,9	5,7	2,5	3,5
Bauten	13,9	6,8	1,8	8,4	5,2	0,9	2,7
Ausrüstungen	10,6	10,0	4,7	13,1	7,2	4,9	4,6
sonstige Anlageinvestitionen	4,6	4,1	4,2	3,5	4,7	4,1	4,3
Inländische Verwendung	11,3	4,0	4,3	4,7	3,3	4,6	4,0
Exporte	15,4	-0,2	6,6	2,2	-2,5	4,6	8,5
Importe	25,0	-5,1	4,0	-1,2	-8,7	1,5	6,4
Bruttoinlandsprodukt	7,4	6,3	5,5	6,2	6,3	5,9	5,1
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	2,0	4,1	5,2	4,3	3,8	5,5	4,8
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 420,1	2 365,0	2 405,2	1 165,6	1 199,4	1 184,6	1 220,6
private Haushalte ²	1 706,7	1 684,1	1 714,6	827,7	856,4	841,3	873,3
Staat	712,0	680,0	689,6	337,4	342,6	342,8	346,8
Anlageinvestitionen	675,0	671,9	671,7	330,7	341,2	326,4	345,3
Bauten	322,8	312,3	305,4	157,3	155,0	150,6	154,8
Ausrüstungen	222,9	230,2	235,5	110,8	119,4	112,8	122,7
sonstige Anlageinvestitionen	129,2	132,0	135,9	62,8	69,2	64,5	71,3
inländische Verwendung	3 123,2	3 086,0	3 128,2	1 523,7	1 562,3	1 539,0	1 589,2
Exporte	1 625,5	1 619,2	1 665,3	807,7	811,4	823,9	841,4
Importe	1 492,0	1 459,3	1 490,7	721,0	738,3	729,4	761,3
Bruttoinlandsprodukt	3 261,9	3 252,0	3 308,3	1 613,6	1 638,5	1 635,8	1 672,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	3,7	-2,3	1,7	-2,6	-2,0	1,6	1,8
private Haushalte ²	4,9	-1,3	1,8	-1,3	-1,3	1,6	2,0
Staat	1,2	-4,5	1,4	-5,3	-3,7	1,6	1,2
Anlageinvestitionen	0,4	-0,5	0,0	0,2	-1,1	-1,3	1,2
Bauten	-1,8	-3,3	-2,2	-3,3	-3,2	-4,2	-0,2
Ausrüstungen	3,3	3,3	2,3	5,4	1,4	1,8	2,8
sonstige Anlageinvestitionen	2,1	2,2	2,9	2,4	2,0	2,8	3,1
inländische Verwendung	3,3	-1,2	1,4	-0,9	-1,5	1,0	1,7
Exporte	3,4	-0,4	2,8	0,2	-1,0	2,0	3,7
Importe	6,9	-2,2	2,1	-0,7	-3,6	1,2	3,1
Bruttoinlandsprodukt	1,8	-0,3	1,7	-0,3	-0,3	1,4	2,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 und 2024

	2022	2023	2024	2023		2024	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	6,6	6,1	2,8	7,4	5,0	3,3	2,3
Konsumausgaben des Staates	5,2	4,8	3,7	4,8	4,8	4,2	3,3
Anlageinvestitionen	10,9	7,8	3,1	8,7	6,9	3,9	2,3
Bauten	16,0	10,4	4,1	12,1	8,6	5,3	2,9
Ausrüstungen	7,1	6,5	2,4	7,3	5,8	3,0	1,8
Exporte	11,6	0,1	3,6	1,9	-1,5	2,6	4,6
Importe	17,0	-3,0	1,8	-0,4	-5,3	0,3	3,2
Bruttoinlandsprodukt	5,5	6,6	3,7	6,6	6,6	4,5	3,0

5 Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 642,3	2 770,1	2 911,4	1 359,1	1 411,0	1 432,9	1 478,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	360,1	379,0	404,8	182,4	196,6	195,6	209,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 660,4	1 765,8	1 842,5	840,7	925,2	878,1	964,4
übrige Primäreinkommen ⁴	621,9	625,2	664,1	336,1	289,2	359,2	304,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	565,9	608,4	647,3	276,4	331,8	295,3	351,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 208,2	3 378,5	3 558,7	1 635,5	1 742,8	1 728,2	1 830,3
Abschreibungen	792,6	874,1	935,4	429,9	444,2	463,6	471,8
Bruttonationaleinkommen	4 000,8	4 252,6	4 494,2	2 065,4	2 187,1	2 191,8	2 302,1
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2 860,5	3 049,7	3 177,2	1 482,7	1 566,8	1 540,2	1 636,7
Arbeitnehmerentgelt	2 020,5	2 144,9	2 247,3	1 023,1	1 121,8	1 073,7	1 173,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	840,1	904,8	929,9	459,7	444,9	466,5	463,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	7,2	4,8	5,1	5,1	4,6	5,4	4,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,6	5,3	6,8	4,7	5,8	7,3	6,4
Bruttolöhne und -gehälter	5,7	6,4	4,3	6,7	6,0	4,5	4,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,1	5,4	4,1	5,5	5,2	4,2	4,0
übrige Primäreinkommen ⁴	13,7	0,5	6,2	1,7	-0,7	6,9	5,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,1	7,5	6,4	5,0	9,6	6,8	6,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,1	5,3	5,3	5,1	5,5	5,7	5,0
Abschreibungen	12,4	10,3	7,0	10,9	9,7	7,8	6,2
Bruttonationaleinkommen	7,3	6,3	5,7	6,3	6,3	6,1	5,3
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	4,3	6,6	4,2	7,7	5,6	3,9	4,5
Arbeitnehmerentgelt	5,3	6,2	4,8	6,3	6,0	5,0	4,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,8	7,7	2,8	10,8	4,6	1,5	4,1

6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 657,5	1 762,4	1 826,4	840,3	922,1	871,5	954,9
Nettolöhne und -gehälter	1 118,7	1 194,3	1 238,9	561,4	632,9	582,1	656,9
monetäre Sozialleistungen	686,1	723,5	748,1	354,7	368,7	368,1	380,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	147,3	155,3	160,6	75,8	79,5	78,7	82,0
übrige Primäreinkommen ⁴	621,9	625,2	664,1	336,1	289,2	359,2	304,9
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-102,7	-109,0	-110,5	-53,0	-56,0	-54,0	-56,5
Verfügbares Einkommen	2 176,8	2 278,7	2 380,0	1 123,4	1 155,3	1 176,7	1 203,4
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,0	58,2	57,4	28,3	29,9	27,9	29,5
Konsumausgaben	1 982,7	2 076,3	2 173,6	1 012,4	1 063,9	1 063,5	1 110,1
Sparen	253,1	260,6	263,9	139,2	121,4	141,1	122,8
Sparquote (%) ⁶	11,3	11,2	10,8	12,1	10,2	11,7	10,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,9	6,3	3,6	6,4	6,2	3,7	3,6
Nettolöhne und -gehälter	5,3	6,8	3,7	7,2	6,4	3,7	3,8
monetäre Sozialleistungen	1,4	5,4	3,4	4,9	5,9	3,8	3,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,5	5,5	3,4	5,0	5,9	3,8	3,0
übrige Primäreinkommen ⁴	13,7	0,5	6,2	1,7	-0,7	6,9	5,4
Verfügbares Einkommen	7,2	4,7	4,4	5,8	3,6	4,7	4,2
Konsumausgaben	11,8	4,7	4,7	5,9	3,6	5,0	4,3
Sparen	-19,9	3,0	1,3	3,0	2,9	1,3	1,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 und 2024

	2022	2023	2024	2023		2024	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	947,3	955,2	1 000,0	480,6	474,6	501,6	498,4
Nettosozialbeiträge	666,3	704,5	754,7	340,9	363,6	366,5	388,2
Vermögenseinkommen	16,4	16,6	16,9	8,6	8,0	8,8	8,1
sonstige Transfers	28,2	28,8	29,5	12,5	16,3	12,8	16,7
Vermögenstransfers	18,9	18,9	19,5	9,6	9,3	9,8	9,7
Verkäufe	142,8	151,1	157,8	70,3	80,8	73,4	84,4
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 820,1	1 875,3	1 978,7	922,5	952,7	973,0	1 005,7
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	592,8	576,6	604,3	276,3	300,4	292,2	312,0
Arbeitnehmerentgelt	307,6	320,3	336,4	153,4	167,0	161,0	175,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	26,2	32,6	35,4	15,1	17,5	16,4	19,0
Subventionen	70,8	86,5	58,4	52,9	33,6	30,5	27,8
monetäre Sozialleistungen	619,3	656,1	680,3	321,3	334,8	334,6	345,7
sonstige laufende Transfers	114,5	96,9	98,7	48,6	48,2	49,4	49,4
Vermögenstransfers	92,9	70,3	66,9	25,4	44,8	25,9	41,1
Bruttoinvestitionen	103,1	114,3	125,6	47,5	66,8	51,6	74,0
Nettozugang an nichtprod Vermögensgütern	-1,0	-1,0	-1,0	-0,6	-0,4	-0,6	-0,4
Insgesamt	1 926,2	1 952,6	2 004,9	939,9	1 012,6	961,0	1 043,9
Finanzierungssaldo	-106,0	-77,3	-26,2	-17,4	-59,9	12,1	-38,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	7,9	0,8	4,7	2,7	-1,0	4,4	5,0
Nettosozialbeiträge	5,1	5,7	7,1	5,9	5,6	7,5	6,8
Vermögenseinkommen	8,3	0,7	2,3	-3,5	5,6	2,2	2,3
sonstige Transfers	-6,2	2,0	2,6	2,7	1,5	3,0	2,3
Vermögenstransfers	-6,9	0,0	3,4	6,4	-5,9	3,0	3,8
Verkäufe	6,1	5,9	4,4	5,6	6,1	4,4	4,4
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	6,3	3,0	5,5	4,0	2,1	5,5	5,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	6,3	-2,7	4,8	-3,8	-1,7	5,8	3,9
Arbeitnehmerentgelt	4,5	4,2	5,0	2,9	5,4	4,9	5,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	26,0	24,4	8,7	19,0	29,4	9,0	8,5
Subventionen	-36,6	22,2	-32,5	82,4	-19,6	-42,3	-17,1
monetäre Sozialleistungen	1,4	5,9	3,7	5,5	6,4	4,1	3,2
sonstige laufende Transfers	26,6	-15,4	1,9	9,7	-31,2	1,5	2,3
Vermögenstransfers	36,4	-24,4	-4,8	11,8	-36,1	1,7	-8,4
Bruttoinvestitionen	10,4	10,8	9,9	8,4	12,6	8,7	10,8
Nettozugang an nichtprod Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,3	1,4	2,7	5,2	-2,0	2,2	3,1
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-1,9	-0,6	-0,9	-2,8	0,6	-1,7

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2023: Prognose des IWH



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.

Layout und Satz: Franziska Exß

Tel +49 345 7753 720

Fax +49 345 7753 718

E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: KP Ivanov @kpivanovx, www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 11. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22.06.2023

ISSN 2195-8319